

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Litauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kreuzsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 23. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschk-Gesellschaft, Teplitzstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Doppelseite 0,70 Goldmark, Restausgabe 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöschbar zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Blatt geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofsstr. 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Coolidge über Europas Schicksalsfragen

Gegen Amerikas Eintritt in den Völkerbund - Genugtuung über den Dawes-Bericht für Anleihezeichnung - Neue Abrüstungskonferenz nach Regelung der Reparationsfrage.

Washington, 22. April. (CC.) Auf einem Essen, das die Associated Press zu seinen Ehren veranstaltete, hielt Präsident Coolidge heute eine große Rede, in der er sich mit der inneren wie mit der äußeren Politik eingehend beschäftigte. Nachdem der Präsident seine Ansicht bekräftigt hatte, alle jene Beamten unmissverständlich strafrechtlich zu verfolgen, die sich Verschulungen zuschulden kommen ließen, daß sie jener alles aufgebieten würden, um die Ausgaben des amerikanischen Staatshaushalts zu verringern, ferner, daß das Nötige zur Herabsetzung der Steuern geschehen sollte, wandte er sich der auswärtigen Politik zu. Er sprach über den Völkerbund, über den internationalen Schiedsgerichtshof, über die interalliierten Schulden, des Sachverständigenrat und die Abrüstungsfrage.

Einen Eintritt in den Völkerbund müßten die Vereinigten Staaten entschieden ablehnen, und dieser Entschluß müsse als endgültig angesehen werden.

Die amerikanische Politik in der Frage der interalliierten Schulden habe charakteristische Merkmale: diese Frage könne auch auf wirtschaftlichen Konferenzen nicht besprochen werden.

Zu dem Gutachten der Sachverständigen

Ermerkte Coolidge, daß der Bericht des Komites Dawes von der Reparationskommission günstig angenommen worden sei und daß auch Deutschland bereits seine Zustimmung gegeben habe. Man müsse glücklich sein darüber, daß der Plan Dawes die volle Sympathie der Alliierten gefunden hat und daß auch Deutschland sich bereit erklärte, an der Verwirklichung der von den Sachverständigen gemachten Vorschläge mitzuwirken. Man habe allen Grund zu der Annahme, daß das Gutachten der Sachverständigen allen daran interessierten Staaten als praktische Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage erscheinen müsse. Er habe das Vertrauen, daß auf dieser Basis dank gegenseitiger Zugeständnisse das verwickelte und dornenvolle Problem der Reparationen endgültig gelöst werden könne, wobei einerseits die Wiederherstellung Deutschlands sichergestellt sei und andererseits die Gläubigerstaaten Deutschlands ein Höchstmaß an Zahlungen erhalten sollten. Der Plan Dawes sei für Deutschland eine große Anleihe vor, die sofort bewilligt werden müsse, damit Deutschland seinen dringenden Bedürfnissen Genüge tun könne, vor allem aber, damit die Emissionsbank, die geplant sei, errichtet werden könne.

Der Präsident ist der festen Hoffnung, daß sich das amerikanische Kapital an der Anleihe für Deutschland beteiligen werde.

Allein vom geschäftlichen Standpunkt aus hätte Amerika guten Grund, zu der finanziellen Unterstützung des friedlichen Wiederaufbaus Europas an jenem Teile beizutragen. Dagegen müßte, wie dies schon wiederholt geschehen sei, immer aufs neue der Ansicht entgegengetreten werden, als ob Amerika bereit sei, Gold vorzulegen, das zu legenden militärischen Zwecken verwendet werden könnte. Denn Amerika habe Pflichten gegenüber der Menschheit und müsse jehesmal seine Hilfe anbieten, wenn diese dazu dienen solle, gerechten Forderungen zum Siege zu verhelfen, und wenn diese Hilfe dazu beitragen könne, friedliche Zwecke zu erfüllen.

Zur Abrüstungsfrage sagte der Präsident: „Wir hoffen, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beständigkeit in Europa den Anfang eines neuen und dauerhaften Friedens bedeute. Die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes würde die Ursache von Meinungsverschiedenheiten verschwinden lassen und sofern in Europa eine feste Politik verfolgt wird, könnten neue Anstrengungen zur Förderung der Abrüstung gemacht werden, wie dies auf der Washingtoner Konferenz geschehen. Diese Konferenz konnte leider nur die Lonnageziffern für die großen Schiffseinheiten feststellen, während sie die Frage der Abrüstung zu Lande und zur Luft ungelöst lassen mußte. Der Hauptgrund, warum auch diese Frage nicht einer Lösung zugeführt werden konnte, lag darin, daß in Europa zu jener Zeit eine wenig beständige, ja, nahezu bedrohliche Lage herrschte. Eine endgültige Regelung der Reparationsfrage könnte den Beginn einer neuen Friedensära bedeuten. Es wäre daher wenig praktisch, unter den jetzigen Verhältnissen schon bestimmte Vorschläge zu machen oder eine Aktion zu unternehmen. Sobald aber eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgt sei, werde er die Einberufung einer Konferenz mit Vergnügen zuzustimmen, die die Einschränkung der Rüstungen zum Gegenstande hat und Pläne für die Ausarbeitung eines internationalen Gesetzes festlegen würde, das die erwähnten Fragen regelt. Eine solche Konferenz würde auch bei den anderen Konferenzen eine günstige Aufnahme finden. Schließlich sprach sich der Präsident noch für Eintritt der Vereinigten Staaten in den Internationalen Schiedsgerichtshof aus und verlangte die Schaffung eines internationalen Gesetzes, das die Rechte der Neutralen in Kriegszeiten festlegt.“

mit mehreren Billionen Mark wurde ihres Inhaltes beraubt, vier Scheidemotoren, sowie Verkleidungsapparate, Kilozeilen und eine große Menge Scheidematerial wurden entwendet und auf Anordnung der Staatspolizei in das Bürgerbräu geschafft. Gerum durchsuchte im Arbeitszimmer des Hauptgeschäftsführers Auer die fertigen Schriftstücke und lieferte sie an Hitler persönlich ab. Als des Verhörsaussages im höchsten Grade war gelang es einem Kriminalreferendar, Verstoß zu tun, keinen Trupp zum Abzug zu bringen. Circa 15 bis 20 Mann unter Führung von Verstoß begaben sich dann mit Kraftwagen zur Wohnung Auers, um diesen festzunehmen. Der Schwiegersohn Auers wurde mit vorgehaltener Pistole aufgefordert, den Aufenthalt seines Schwiegervaters anzugeben und als Geisel festgehalten. Frau Auer wurde von den Bewaffneten mehrmals vor die Brust gestoßen und in ein Zimmer eingesperrt. Weitere Mitglieder des Stottrupps nahmen dann am 9. November in dem Münchener Rathaus aus einer Regimentsführung heraus den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schmid und die sozialistischen Stadträte fest und brachten sie zum Bürgerbräu, wo sie schließlich in den Zug der Bewaffneten, der in die Stadt marschieren sollte, eingereiht wurden, wobei der ausdrückliche Befehl gegeben wurde, daß im Falle Mißbehagen und Landespolizei auf den Zug zu warten sollten, die Geiseln sofort zu erschließen oder - wie ein späterer Befehl befahl - niederzuschlagen seien. Vor dem Abmarsch des Zuges wurden die Regimentsmitglieder dann aber mittels Kraftwagen aus München heraus nach einem Dorf gebracht, wo sie schließlich wieder freigelassen wurden. Weiter wird den Angeklagten ihre Teilnahme an der Entsendung einer Abteilung der Landespolizei zur Last gelegt.

Der kleine Hitler-Prozess. Hitlers Garde vor Gericht.

München, 22. April. (BE.) In dem am heutigen Mittwoch vor dem Volksgericht München I beginnenden Prozeß wegen der Zerstörung der „Münchener Post“, der Festnahme des Münchener Oberbürgermeisters und mehrerer sozialistischer Stadträte als Geiseln, sowie wegen Hausdurchsuchung bei dem Vizepräsidenten des Landtages, des sozialdemokratischen Fraktionsführers Abg. Auer bei dem Hitler-Putsch stehen insgesamt 40 Mitglieder des Stottrupps Hitler unter der Anklage der Beihilfe zum Hochverrat. Zu den bereits gemeldeten 38 Angeklagten sind in letzter Minute zwei Nachzügler getreten, gegen die das Verbrechen erst jetzt zum Abschluß gekommen ist. Mehrere der Beschuldigten, darunter der Führer des Stottrupps Hitler, Hauptmann Berchtold, und sein Adjutant, der schon aus früheren bekannte Maurische, sind allerdings flüchtig, so daß vor Gericht höchstens 36 Angeklagte erscheinen werden. Den Angeklagten stehen sechs Verteidiger zur Seite, unter ihnen die Rechtsanwälte Kohl und Kober, die schon im Hitler-Prozess tätig waren. Es werden ungefähr 18 Zeugen gehört werden. Das Urteil soll am Montag verhandelt werden. Von bekannten Unterführern der nationalsozialistischen Bewegung befinden sich unter den Angeklagten der Leutnant Vofsi, die Abteilungsleiter des Stottrupps Hitler, Knoblich, Pölsch und Schön, ferner der frühere Kriminalassistent Gerum.

Nach der Anklage ist der Stottrupps Hitler am 8. November abends alarmiert worden. Berchtold verwies darauf, daß jetzt die Stunde gekommen sei, die alle herbeigeholt hätten. Er machte die Stottruppsmitglieder auf das Unternehmen Hitlers aufmerksam, wobei er erklärte, daß Hitler und Kober sich geeinigt hätten. Alle Mitglieder wurden auf Ehrenwort und Handschlag zu unbedingtem Gehorsam gegenüber ihren Führern verpflichtet. Unter Führung Berchtolds marschierte der Stottrupps dann zum Bürgerbräu, wo er das Unternehmen Hitlers durch Entfaltung der Wochenschrift unterstützte und ermöglichte. Der Stottrupps war es bekanntlich, der den Bürgerbräu besetzte, Wachen aufstellte und ein schweres Maschinengewehr mit Schußrichtung auf die Versammlungsteilnehmer in Stellung brachte. Gerum zusammen mit anderen Bewaffneten führte Hitler den Weg zum Podium und bewachte dann den Eingang des Nebenimmers, in das sich Kober, Vofsi und Seifner begeben mußten. Abends marschierte der Stottrupps auf Befehl des Hauptmanns Göhring zur „Münchener Post“, um diese zu zerstören.

Die Strohzugänge wurden abgesperrt, in den beiden Stockwerken des Gebäudes haufte die dritte Gruppe des Stottrupps unter Führung des Angellonier Hitler noch der Anklage wie Bandalen, 380 einzelne Fenstercheiben, zahlreiche Türfüllungen und Schranktüren wurden zertrümmert, Schränke umgeworfen, Schubladen aufgerissen, Akten auf die Straße geworfen und verbrannt, eine Kasse

Das Kriegergericht im Rheinland. Gefängnisstrafen für Mitglieder des Bundes „Oberland“.

Essen, 22. April. (TL.) Von dem französischen Kriegsgericht wurden fünf junge überhafter Bürger zu sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vier von ihnen befanden sich schon seit dem 6. September in Untersuchungshaft. In diesem Tage hatten sie sich auf telephonischen Anruf hin nach Rülheim begeben, um während des kommunistischen Streiks Abwehrdienste zu leisten. Bei ihrem Eintreffen am Rülheimer Bahnhof fand ihre Verhaftung durch französische Kriminalbeamte statt. Es wurde ihnen die Zugehörigkeit zum Bunde Oberland vorgeworfen.

Der deutsch-türkische Vertrag ist von der Nationalversammlung in Angora einstimmig ratifiziert worden.

Mehr Sozialpolitik!

Von Hugo Heimann.

Die „Marxisten“ sind bekanntlich an allem schuld. nicht die Militärs haben den Krieg verloren. Sie, nicht die Hindenburg-Ludendorff mit ihrem Verlangen nach sofortigem Abbruch eines Waffenstillstandes haben die Front von hinten erdolcht. Sie, nicht die Kreise um Helfferich und Stinnes usw. sind letzten Endes für die Inflation verantwortlich, die erst von Helfferich und Genossen gegen ihr Sträuben mit Hilfe der Rentenmark zum Stillstand gebracht werden konnte. So kann es nicht Wunder nehmen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Vertreter auch die Absaffung auf dem Gewissen haben, die mit der Stabilisierung der Währung eintrat. Darum fort mit menschenwürdigen Löhnen, mit Achtfundentag, Tarifverträgen und der ganzen produktionshemmenden Sozialpolitik überhaupt. Erst dann wird das Volk wieder besser und mit billigen Waren versorgt werden können!

Wie schlecht muß es um das geistige Rüstzeug der Deutschen sein, daß solche abernern Behauptungen wieder und wieder aufgestellt werden. Ihre außenpolitische und währungspolitische Geschichtsarbeit ist hundertfach durch die Dokumente des Generalkonferenzen und des Reichstags widerlegt worden. Die Behauptungen auf dem Gebiete der Wirtschaft und Sozialpolitik können, wenn auch naturgemäß nicht dokumentarisch, ebenso sicher als unrichtig nachgewiesen werden.

Zunächst ist die Krise nicht überraschend gekommen, sondern sie wurde von allen unterrichteten Leuten vorhergesehen und immer mit der gleichen Begründung: Es gehe den Unternehmern zu gut; der industrielle Apparat sei infolgedessen nicht auf der Höhe und müsse schleunigst reorganisiert werden, wenn ein Unglück verhütet werden soll. Die so argumentierten waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Nationalökonomten. Aber allen, die inmitten des Inflationsjammers nach der Stabilisierung riefen, wurde immer geantwortet, dann ist die deutsche Industrie nicht mehr konkurrenzfähig. Daß eine solche Behauptung eine Schmach und ein Skandal für die deutschen Industriellen ist, die sich nicht schämen, sich hinter die privatwirtschaftlichen Vorteile der Inflation zu verziehen, wurde nicht weiter beachtet.

Eine stabile Währung ist in der ganzen Welt bisher nicht als ein besonderer und ungewöhnlicher Schicksalschlag für eine Industrie angesehen worden. Im Gegenteil, sie ist der Normalzustand. Wenn die verschiedenen Volkswirtschaften in unverändertem Valutaverhältnis zueinander stehen, so daß niemand gegenüber dem anderen durch sinkende Valuta bevorzugt ist, so konkurrieren sie sowieso auf rechtmäßiger Grundlage mittels der Güte ihrer Leistung. Nur wer das Gleiche oder Besseres leistet als der andere, findet Absatz; und was von dem einzelnen, das gilt auch von den gesamten Industrien der einzelnen Länder im Wettbewerb miteinander.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich Gegner des Konkurrenzsystems, das auf der nackten Gewinnsucht als seinem Motor ruht. Soll ein solcher Motor volkswirtschaftlich nützlich wirken, so müssen Umstände vorliegen, die die Gewinnsucht zwingen, sich anzustrengen. Nur dann wird sie etwas leisten. Erreicht sie dagegen ihr Ziel eines reichen und sicheren Gewinns kraft besonderer Umstände auch ohne Anstrengung, so wird sie gern auf die Anstrengung verzichten. Es kommt ihr ja nicht auf die Leistung an, sondern auf den Gewinn. So lange wir daher das Konkurrenzsystem haben, müssen wir tatsächliche Konkurrenz wünschen.

Solche besonderen Umstände, die den „Stachel der Konkurrenz“ erschlaffen ließen, die eine Vorzugstellung für die Industrie schufen, und sie von der Notwendigkeit durchschnittlicher konkurrenzfähiger Leistung befreiten, haben wir seit Beginn des Krieges ununterbrochen gehabt. Neun Jahre hindurch. Allzuviel wurde allzu mühelos verdient, solange die Inflation herrschte, solange also die Löhne hinter den Warenpreisen zurückblieben und überdies jeder Schuldner seinen Gläubiger enteignete. Unter solchen Umständen kam es nicht darauf an, möglichst sorgfältig und rationell zu produzieren wie vor dem Kriege, wo man schon sehr glücklich war, wenn es gelang, durch Verbesserung der Technik oder der Organisation ein oder einige Prozente der Kosten zu ersparen. Mit solchen Kleinigkeiten brauchte man sich jetzt nicht abzugeben; jetzt kam es darauf an, möglichst viel möglichst schnell auf den Weltmarkt zu werfen, hinter dessen Kosten man dank dem Valutasturz auf alle Fälle zurückblieb. Ja, noch mehr, wenn man recht schnell produzierte, so konnte man für diesen Produktionszuwachs entsprechend viel Kredite aufnehmen und das war noch weit wichtiger, denn nach drei Monaten deckte man die jeweils aufgenommenen Kredite in entwertetem Gelde ab.

Also nicht gut und nicht mit iparlamen Methoden, sondern irgendwie und möglichst rasch zu produzieren war neun Jahre hindurch das Interesse der Industrie. In dieser Treidhausluft mußte sie unabwendbar pervertierbar und kann nun die scharfe Luft eines legitimen Wettbewerbs nicht ertragen.

Sie hat verlernt, rationell zu produzieren, weil es ihr zu gut ging, ohne daß sie rationell produzierte.

Unter den psychologischen Bedingungen des Kapitalismus kann man der Industrie aus diesem Verhalten kaum einen Vorwurf machen. Denn ein solches Verhalten ist eben für ein Wirtschaftssystem, das nicht die Leistung, sondern nur den Gewinn im Auge hat, eine Selbstverständlichkeit. Um so schwerer aber wiegt der Vorwurf, daß nun plötzlich diese Selbstverständlichkeit beiseite geschoben wird und ausgerechnet die Sozialpolitik erhalten muß, um den Verlust der Konkurrenzfähigkeit zu erklären.

Die bisherige Gewinnrate in gleich leichter mühseliger Weise wie in den Kriegs- und Inflationsjahren zu erzielen, den Herrn-im-Hause-Standpunkt zurückzugewinnen — das sind die wahren Motive des Angriffs der Schwerindustrie gegen die sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Die Sozialpolitik mit ihren angeblich konkurrenzschädigenden Wirkungen ist nur der dünne Schleier, mit dem nach außen diese Motive umhüllt werden. Solchen nicht neuen Bemäntelungsversuchen ist der Amerikaner Henry Ford, einer der Großen im Reich der Industrie, in seinem Buch „Mein Leben und mein Werk“ scharf und treffend mit den Worten entgegnet: „Das Herabdrücken der Löhne ist die letzte und niederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden. Von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen.“

Wollen die deutschen Arbeiter zu allen anderen Kasten auch solche Abwälzung geduldig auf sich nehmen? Der 4. Mai wird die Antwort darauf geben. Die deutschen Arbeitnehmer mögen an diesem Wahltage des Wortes von Karl Marx eingedenk sein: „Der Stimmzettel in der Hand eines reifen Volks wird aus einem Mittel der Prellerei zu einem Mittel der Befreiung.“

Die ganze deutsche Sozialgesetzgebung ist in erster Reihe das Werk der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Festigung und Erweiterung wird eine der wichtigsten Aufgaben der Partei im neuen Reichstag sein, auch mit Bezug auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Unsere Losung heißt:

Nicht weniger — mehr Sozialpolitik!

Befahrung und Wahlfreiheit.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

Von Paris aus war bekannt geworden, daß die Befahrungsbefugnisse der Wahlkommission keine Schwierigkeiten mache und den Kandidaten und Parteifreikämpfern die Propaganda unter ihren Wählern nicht beschneiden wolle. Leider führten die untern Organe in Rhein-Hessen und den benachbarten französisch besetzten Gebieten diese Anweisungen nicht aus. Dem sozialdemokratischen Kandidaten Ulrich und dem heftigen Minister Raab ist die Genehmigung zur Einreise überhaupt untersagt worden. Die Kandidaten Genossen Dr. David und Dr. Quessel, der Parteifreikämpfer Leuschner, sowie die Genossen Kaul und Sireder warten seit Wochen auf die Erledigung ihres Einreisegesuches. Bei der Schwierigkeit, in dieser Zone Versammlungsorte zu bekommen, bedeutet die Verzögerung nahezu die Verhinderung der mündlichen Propaganda.

Bei den bürgerlichen Parteien scheint es nicht anders zu sein. So konnten auch sie zum Beispiel in Mainz bisher den Wahlkampf nicht eröffnen. Für die Sozialdemokraten geschah dies am Donnerstagabend durch eine überfüllte Versammlung, in der Genosse Löbe sprach und die von Angehörigen aller Bevölkerungsschichten besucht war. Löbe fand stürmische Zustimmung mit der Forderung, daß die deutsche Regierung das Sachverständigen Gutachten als Grundlage einer Versammlung betrachten müsse. Besonders im besetzten Gebiet wird dieser Wunsch sehr lebhaft genährt.

„A III 93“

Von Franz Klübs.

Am Kopf des Briefes, den Ray Hölz aus dem Gefängnis an den Reichs-Amnestieausschuß schrieb, steht zu lesen: „A III 93“. Das Zeichen steht so fremd aus und mutet doch jeden so vertraut an, der einmal in einer preussischen Strafanstalt hinter vergitterten Fenstern Bürgerrecht erworben.

Genau „A III 93“ aus der Anstalt Kietzka u bei Breslau. Ich schloß in allen Hefen nach und finde dort verzeichnet: „A IV 136“. Das war mein Stammquartier vor Jahren, als ich wegen Bekleidung eines Industriegehaltigen, begangen durch die Presse, dort Einzug gehalten. Da tauchen Erinnerungen auf. Das Kietzka-Gebäude in Kreuzform; seine vier Flügel, nach den ersten Buchstaben des Alphabets benannt; in jedem Flügel vier Etagen übereinander; die Einzelkorridore sind im Innern nicht durch Deckenwände getrennt. Nur Umgänge in Galeriestufen laufen an den Zellenreihen entlang und die die Stockwerke verbindenden Treppen sind in der Mitte des Flügels angebracht.

„A III 93.“ Das bedeutet Flügel A, Etage III, Zelle 93! Eine Treppe höher, vielleicht gar unmittelbar darüber, habe ich feinerzeit gekaut. Als ich zum ersten Male an der Pforte der Anstalt schellte und Aufnahme heilste, sah der alte Aufseher mich jungen Dachs, das mit einer Telsche voll Büchern einrückte, von oben bis unten an und fragte dann verwundert: „Sie wollen wohl auf Wanderschaft?“ Nein, ich muß brummen — antwortete ich im Galgenhumor und wie die freundliche staatsanwaltschaftliche Einladung zum Strafamt vor. Dann schloß sich hinter mir das Eingangstor.

Von diesem Augenblick an ist man Gefangener, muß gehen, wenn der Aufseher kommandiert, darf sich nicht mehr frei bewegen, frei umherschauen, steht plötzlich unter der „Hausordnung“. Sie war wirklich eine „Hausordnung“. Sie lag gedruckt und wohlgebunden in jeder Zelle und hatte ein schönes Vorwort, das ich mir abgeschrieben. Es lautet so:

„Du bist nun ein Gefangener. Die eisernen Stäbe Deines Fensters, die verlassene Tür, die Farbe Deiner Kleider sagt Dir, daß Du die Freiheit verloren hast. Gott hat es nicht eiden wollen, daß Du die Freiheit ferner zur Sünde und zum Unrecht mißbrauchst, deshalb hat er sie Dir genommen, deshalb rief er Dir zu: Bis hierher und nicht weiter! Du bist hier zur Strafe, alle Strafe aber wird als ein Übel empfunden. Verzeih mir, daß niemand daran schuld ist als du allein. Aus der Strafe soll für Dich ein Gutes hervorgehen. Du sollst lernen, Deine Vedenlichkeiten zu beherrschen, schlechte Gewohnheiten abzulegen, göttliches und menschliches Gesetz zu achten, zünftig zu gehorchen, damit Du in erster Reihe über Dein vergangenes Leben Kraut gewinnst zu neuem Gott und Menschen wohlgefälligen Lebenswandel. So beuge Dich unter Gottes gewaltige Hand, beuge Dich unter das Gesetz des Staates, beuge Dich auch unter die Ordnung dieses Hauses.“

Dreiundzwanzig!

Die Parteizersplitterung bei den Reichstagswahlen.

Der Reichswahlaußschuß war gestern zusammengetreten, um die Vorschläge der einzelnen Parteien für ihre Reichswahllisten zu prüfen. Es ergab sich, daß nicht weniger als 27 Vorschläge eingereicht waren, von denen vier, von kleinen Gruppierungen stammend, als nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend zurückgewiesen wurden. Immerhin blieben 23 Vorschläge, und zwar folgende:

- Bereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- Deutsche Zentrumspartei,
- Deutschnationale Volkspartei,
- Deutsche Volkspartei,
- Deutsche Demokratische Partei,
- Bayerische Volkspartei,
- Kommunistische Partei Deutschlands (unter der Bezeichnung der Liste der Kommunisten),
- Bayerischer Bauernbund,
- Deutschnationale Freiheitspartei und
- Nationalsozialistische Arbeiterpartei (unter der Bezeichnung Vereinigte Liste der Deutschnationalen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei),
- Deutsch-Hannoversche Partei,
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei,
- Bund der Geusen (Hypotheken- und Sparkassensäubiger),
- Christlichsozialer Volksgemeinschaft,
- Deutsche Arbeitnehmerpartei,
- Deutschnationale Partei,
- Freiwirtschaftsbund FFB,
- Haeuser-Bund,
- Nationalliberale Vereinigung (unter der Bezeichnung Landesliste),
- Wirtschaft und Bodenrecht (unter der Bezeichnung Partei der Mieter),
- Nationale Freiheitspartei,
- Nationale Minderheiten Deutschlands,
- Republikanische Partei Deutschlands,
- Sozialistischer Bund.

Der Unsinn des Parteigründerfiebers kann nicht krasser in Erscheinung treten als durch diese Liste. Von den 23 bleiben bei genauer Betrachtung nur sieben Parteien, die Aussicht haben, im Reichstag Fraktionsstärke zu gewinnen; würde das Unglück es wollen, daß jedes von den übrig bleibenden Gruppierungen einige Abgeordnete in den Reichstag schicken könnte, so wäre der Kuddelmuddel vollständig.

Die Zersplitterung im bürgerlichen Lager könnte für die Arbeiter einen Vorteil bedeuten, wenn nicht leider auch hier Spaltungs- und Zersplitterungstendenzen in Erscheinung träten. Die Kommunisten können nur die Sozialdemokratie schwächen, ohne selbst irgend etwas praktisch erreichen zu können — was sie ja nach ihren eigenen Erklärungen gar nicht wollen. Daß auch noch eine Ledebour- und Theodor-Riebnacht-Gruppe gegen die andern und gegeneinander zum Ringkampf antreten, gehört schon mehr in das Reich des Komischen als des Tragischen.

Bemerkenswert ist, daß die Reichsliste der SPD. mit dem Namen Ernst Thälmann beginnt. Die unwürdige Komödie, die mit Ray Hölz aufgeführt wurde, ist damit erledigt.

Die Deutschnationalen präsentieren auf ihrer Liste als ersten Hergt, als zweiten Otto Fürst von Bismarck, den Enkel. Auch die „Nationalliberale Vereinigung“ rückt mit einer Liste Marekhi-Bersner an, inzwischen haben Klönne und Duagy bereits ihren Anschluss bei den Deutschnationalen gefunden, die sie an aussichtsreicher Stelle ihrer Reichsliste aufgestellt haben. Sie kämpfen mit Hefferich gegen „das zweite Versailles“, für dessen schleunige Annahme sich der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Dr. Sorge öffentlich erklärt hat.

Zersplitterung, Verwirrung im ganzen bürgerlichen Lager! Mögen die Massen des schaffenden Volkes!

Was sie gebietet, muß unweigerlich geschehen. Besser also, Du tuft es gütwillig, als daß Dein böser Wille gedrohen wird. Du wirst Dich dabei wohl befinden.“

Auf viele Sünden vor dem Herrn wirkte die selbungsvolle Bilanz sicher völlig niederschlagend. Denn ein solches Gemisch von Bigotterie und Gewaltandrohung mag befriedigend sein für denjenigen, der nun draußen die Dinge ansieht. Den mehr oder weniger armen Teufel jedoch, hinter dem sich die elendbeschlagnen Türen geschlossen, stehen die schönen Worte doppelt tief.

Die Zellen für Einzelhaft sind fast immer die gleichen. Zementestrich bedeckt den Fußboden, der täglich von dem Inassen mit Wachs frisch gebohrt werden muß. Eine blecherne Watschschüssel verrichtet doppelte Dienste: Einmal kann man sich darin waschen. Dann muß sie mit Pappulose blank poliert werden. Und so kann man sie schließlich als — Spiegel weiter verwenden. Einen anderen gibt's nicht. Beim Putzen sind die Hände zwar wieder schmutzig geworden. Aber schließlich gibt's einen Woffertrog und einen mit Deckel versehenen Kübel, der zu gewissen Dingen dient. . . . Man muß sich nur zu helfen wissen.

„A IV 136“ war sonst komfortabel eingerichtet. Ein Holzstischchen mit Schamel aus gleichem Rohstoff; ein zusammenklappbares Feldbett, das bei Tage auch noch als Tisch dienen konnte; ferner ein Wandschrankchen, das enthielt: einen Schnaps mit Köffel, eine Holzgabel und einen hölzernen Zellerer, ein Stück trockenen Brotes und schließlich die Bibel nebst Gesangbuch. . . .

Lehntlich so wird's Ray Hölz eine Station tiefer wahrscheinlich auch angefallen haben. Nur daß die Behandlung der Gefangenen im Allgemeinen seitdem eine andere geworden ist. Heute stehen Gefangenendeiräte aus der Beobachtung der Verwaltung zur Seite, um das Leben der Gefangenen erträglich zu machen. Auch Ray Hölz, der zu Zuchthaus verurteilt, genießt in dem gleichen Strafgefängnis, dessen psychiatrischer Abteilung er überwiesen ist, in vielen Dingen humanere Behandlung, als sie damals uns Pressesündern zuteil wurde. Hölz darf gelegentliche Besuche empfangen, er darf eine Zeitung lesen, er darf auch mit Leuten Briefe wechseln, die nicht seine nächsten Angehörigen sind. Das alles war uns damals verboten. Wir durften kein Blatt halten, wir bekamen nur Gefängnispost ohne Hertzufuß. Ja, als ich eines Tages an meine Verlobte schreiben wollte, geriet die Anstalt aus dem Häuschen. Und der Direktor, ein pensionierter Major, jagte mir trocken ins Gesicht: „Klübs, das geht nicht. Hier hat jeder Zuhälter eine Frau. Damit können wir nicht anfangen.“

Seitdem sind freilich viele Jahre ins Land gegangen. Und die Revolution hat auch im Strafsozialzug einiges geändert. Paul Löbe, der Präsident des letzten Reichstags und hoffentlich auch des nächsten, hat gelegentlich auch Ray Hölz in Reichslau gesprochen, wo er selbst einmal seine parteijournalistischen Ehrenrechte erlösen mußte. Hölz hat auch ihm sein Leid geklagt und die gleiche Versicherung abgegeben, daß er mit der kommunistischen Führerschaft von heute weder

Arbeiter, Angestellte und Beamte doch begreifen, was sie für sich und das ganze Volk erreichen können, wenn sie am 4. Maigeschlossen aufmarschieren für ihre Partei, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

In der Zange.

Die Völkischen lassen nicht locker!

Den deutschnationalen Ministerpräsidenten, die in ihren Vortagen von der Gnade der völkischen Sonne abhängig sind und trotzdem sich unterstanden haben, in der Besprechung der Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett der Annahme des Sachverständigen Gutachtens zuzustimmen, sind jetzt in einer wenig beneidenswerten Lage. Nicht nur, daß die deutschnationale Presse unter Führung von Helfferich und Bestarp alle diejenigen als Verräter geißelt, die das Sachverständigen Gutachten zur Grundlage fernerer „Erfüllungspolitik“ machen wollen, es sind besonders die völkischen Hülstruppen, die sie mit dem Revolver auf der Brust an ihrem Leben bedrohen!

Der Landbündler Brandenstein, der von Graefes Gnaden Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin ist, hat zwar durch sein scharfes Vorgehen gegen sozialistische und sonstige republikanische Beamte versucht, sich den guten Willen der Graefe-Leute zu erhalten. Aber das nützt ihm nichts. Denn die Tatsache, daß auch er in jener Besprechung mit dem Reichskabinett unter dem Druck der Wichtigkeit der Annahme des Sachverständigen Gutachtens zustimmte, wird ihm in seinem Lande böse angetrieben. In seiner Verzweiflung läßt er sich für eine Presseerklärung eine Erklärung nach der anderen los. Zunächst hatte er versichern lassen, daß er nichts mitteilen könne, da ja die Besprechung in Berlin vertraulich gewesen sei. Aber die ungestümen weiteren Fragen, die die „Mecklenburger Warte“ an „Seine Erzellenz“ richtete, hat ihn doch veranlaßt, einiges weitere preisgeben zu lassen. So steht in einigen Mecklenburger Blättern diese orakelhafte Mitteilung:

„Erzellenz von Brandenstein hat sich nur bereit erklärt, daß in eine Besprechung der Sachverständigen Gutachten eingetreten würde, irgendwelchen weiteren endgültigen Entscheidungen hat er nicht zugestimmt, vielmehr hat er weitgehende Bedenken herangezogen, deren Befriedigung unbedingt erforderlich sei, bevor über die Sache selbst verhandelt werden könnte.“

Aber auch Brandenstein spricht vergeblich viel, um zu versagen, der Graefe hört von allem nur das Nein! Das völkische Blatt stellt auf Grund dieser Mitteilungen fest, daß „der mecklenburgische Ministerpräsident, das Sa der Reichsregierung nicht abgelehnt hat“. Die „Bedenken“ des Herrn v. Brandenstein änderten daran gar nichts. Es wiederholt: „Nur die Tatsachen entscheiden. Und wenn Erzellenz Brandenstein „nur“ seine Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen ausgesprochen, so zeugt das immerhin von mangelnder politischer Erkenntnis.“

Schließlich weist das völkische Blatt hoshast darauf hin, daß Hefferich das Sachverständigen Gutachten als ein „zweites Versailles“ bezeichnet, während doch „Mecklenburg, Thüringen, Bayern, die von den Parteifreunden Hefferichs registriert werden, dies „zweite Versailles“ zum mindesten nicht abgelehnt haben!“

Je lauter demnach die Deutschnationalen im Lande den Generalmarsch gegen die Erfüllungspolitik schlagen, desto stiller werden ihre völkischen Bundesgenossen, indem sie bazillisch feuern: Ihr selbst seid genau so schuldig wie jene, die offen erfüllen wollen, denn Ihr habt dort nicht die Erfüllung verhindert, wo Ihr es konntet und deshalb ist Euer Lärmen nichts anderes als Wahlschweffel!

Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Der Harden-Prozess verlag. Die Verhandlung gegen den Oberleutnant a. D. Anfermann wegen Verdachts auf Magimilian Harden, die am Montag, den 28. April vor dem Schwurgericht des Landgerichts III stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Der Angeklagte Anfermann, der in Wien verhaftet worden war, befindet sich seit September v. J. im Moabiter Untersuchungsgefängnis.

politisch noch sonstige irgend etwas zu tun haben möchte. Ein solcher Besuch und solche Unterhaltung ist zweifellos von außerordentlichem Eindruck. Aber vielleicht dachte Löbe dabei auch an frühere Zeiten. Bieleicht auch daran, daß einstmals, als er selbst sein Wahlrechtsjahr in Woblan verlebte, unser alter Eduard Bernstein, der Abgeordnete für Breslau-West, um die Erlaubnis bat, ihn besuchen zu dürfen. Das wurde glatt abgelehnt, weil nur nächste Familienangehörige in vorgeschriebenem Zeitabstände als Besucher vorgelassen würden.“ Das war damals im alten Braußen. Heute ist selbst Ray Hölz nicht ganz von der Welt abgeschnitten. Das mag ein kleiner Fortschritt sein, aber es ist doch ein Fortschritt. Und die viel gelästerte Revolution ist doch nicht an allem spurlos vorübergegangen.

100 Jahre „Rettung Schiffbrüchiger“.

Der Bismarck-Länder gewinnt nur schwer eine Vorstellung von den tödlich drohenden Gefahren, denen das Volk der Seefahrer bis zum Küstenfischer herab ständig ausgesetzt ist. Einzelne Unglücksfälle schwerster Art, wie der Untergang der Titanic oder die Torpedierung der Lusitania wirken wohl als Sensation, aber die täglich fallenden Opfer, wer fragt nach denen? Und doch würde mancher erschauern, der die Jahresliste dieser Unglücksfälle auch nur in einem einzigen Küstenbezirk vor Augen bekommt. Um wieviel größer aber wäre die traurige Liste, wenn nicht wenigstens in einem besonderen Falle von Seenot, bei Schiffbruch an der Küste, ein großzügig organisierter Rettungsdienst erfolgreich bestrebt wäre, dem Tausende die fast sicheren Opfer wieder zu entreißen.

Gerade 100 Jahre sind nun vergangen, seitdem diese segensreiche Organisation geschaffen wurde, deren Mitstreiter, wie seit Anfang, so noch heute, ausschließlich Freiwillige sind. Wenn auch für jede gelungene Rettung eine wohlverdiente Belohnung gewährt wird, so erfolgt doch keine feste Belohnung, und alle Mitglieder der Rettungsmannschaften müssen sich den Lebensunterhalt durch eigene Tätigkeit erwerben.

Wie so viele gemeinnützige Anstalten, wurde auch die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zuerst in England begründet. Ihr eigentlicher Urheber war William Hillary, Offizier, Schriftsteller, Philantrop, der sich vielseitig im Leben umtat. Auf der Insel Man hat er selbst häufig an Rettungen von Schiffen aus Seenot Anteil genommen, und dreimal erhielt er später die goldene Medaille der Gesellschaft für persönliche Mut. Aber er wollte allen helfen, die in Not kamen. Im Februar 1823 wandte er sich zuerst in einer Flugfahrt an das englische Volk, mit einem vollständigen Plan der Organisation, die im nächsten Jahre, 1824, aufgedaut wurde. Allein diese englische Gesellschaft hat in den 100 Jahren ihres Bestehens über 58 000 Menschen das Leben gerettet. Heute unterhält sie 230 besonders eingerichtete Boote für den Rettungsdienst, zum Teil Motorfahrzeuge neuester Konstruktion. In allen zivilisierten Ländern aber fand dieses Beispiel Englands Nachahmung, und die Gesellschaften zur Rettung Schiffbrüchiger sind allorts an der Arbeit.

Eleonore Dules Leide wird am 1. Mal auf dem Dampfer Duillo von New York nach Italien gebracht. 20 Mitglieder ihrer Gruppe teilen mit.

Poincarés Sabotageversuche Macdonalds Widerstand.

Paris, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hatte am Dienstagmorgen eine längere Unterredung mit dem Präsidenten der Reparationskommission, Barthou, deren Gegenstand das von der französischen Regierung an die Reparationskommission gerichtete Schreiben gewesen ist. Ueber den Verlauf und das Ergebnis dieser Unterredung wird von den zuständigen Stellen jedoch positive Mitteilung verweigert. Immerhin scheint es Barthou gelungen zu sein, den französischen Ministerpräsidenten von der Unzulänglichkeit der von ihm gegen die Reparationskommission erhobenen Vorwürfe zu überzeugen, da Poincaré, wie die Dienstagabendblätter berichten, auf die für Dienstagmorgen angekündigte Veröffentlichung seines Schreibens nach der Unterredung verzichtet hat.

Ueber den Inhalt des Briefes an Barthou gehen die Informationen in den Pariser Blättern noch immer sehr beträchtlich auseinander. Im Widerspruch zu den irreführenden Dementis eines dem Auswärtigen Amt nahestehenden Blattes scheint es sich zu bestätigen, daß das Schreiben Poincarés die von ihm in seiner jüngsten Rede formulierten

Vorbehalte und Bedingungen ausdrücklich wiederholt und präzisiert.

Die Zustimmung zu der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Lösung ist rein platonischer Natur. Sie wird aufgehoben durch die Erklärung, daß die französische Regierung jede Änderung des gegenwärtigen Regimes in den besetzten Gebieten davon abhängig mache, daß Deutschland seinerseits die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen begonnen habe. Erst wenn das neue Emissionsinstitut zu funktionieren begonnen haben werde, wenn die Reorganisation der Eisenbahnen gemäß den Vorschriften der Experten durchgeführt, die von der deutschen Industrie zu verzinsenden und zu tilgenden Obligationen der Reparationsklasse übergeben und alle zur Durchführung des Sachverständigenprogramms erforderlichen Geleise vom Reichstag verabschiedet seien, so soll es in dem Schreiben Poincarés wörtlich heißen, erst dann könne man von Frankreich und Belgien den Austausch der Pfänder an Rhein und Ruhr gegen andere nicht minder ergiebige und von der Gesamtheit der Alliierten garantierten Sicherungen verlangen. Weiterhin macht die französische Regierung die Annahme der Sachverständigenentschlüsse abhängig von einer Vereinbarung mit den Alliierten, noch dem

neue wirtschaftliche und militärische Sanktionen

im Falle deutscher Verfehlungen automatisch in Kraft treten sollen. Die Frage der interalliierten Schulden, die außerhalb der Kompetenzen der Reparationskommission liegt, scheint im Poincaréschen Schreiben nicht erwähnt zu sein.

Nach einer halbamtlichen französischen Verlautbarung hat die Besprechung Poincarés mit Barthou vollkommene Übereinstimmung in den Auffassungen der beiden Persönlichkeiten ergeben.

Paris, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission tritt am Mittwoch zu einer neuen Sitzung zusammen, um zunächst die Antworten der interalliierten Regierungen auf das von der Kommission dem Gutachten der Sachverständigen beigefügte Empfehlungsschreiben zur Kenntnis zu nehmen. Der Versuch Barthous, den Standpunkt der französischen Regierung zur Geltung zu bringen, dürfte auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Der Vertreter Englands, Sir John Bradburn, hat bereits in der letzten Sitzung keinen Zweifel gelassen, daß er die Auffassung Macdonalds, wonach die Vorschläge der Sachverständigen ein unteilbares Ganzes bilden, d. h. daß die Durchführung der Maßnahmen obliegenden Maßnahmen die

gleichzeitige Aufgabe der französisch-belgischen Ruhrpolitik zur Voraussetzung habe, rückhaltlos teilt. Auch der Vertreter Belgiens, Delacroix, ist dieser These in vollem Umfange

Schelling, der Sohn. Söhne berühmter Väter haben es nicht leicht; die Welt sieht auf sie; sie verlieren sozusagen das Recht auf Anonymität. Schelling, der Vater, war ein Mann von Namen, er steht in der nachkantianischen Philosophie unter den Vertretern des deutschen Idealismus in vorderster Reihe, wenn er auch wieder die Bedeutung Pichtes, dessen Schüler er zunächst war, noch die Hegels hatte, dessen Nachfolger er in Berlin wurde. Aber was ist Schelling, der Sohn — Hermann von Schelling? Die Juristen vom Fach betonen sich leicht eben, da sein hundertster Geburtstag hätte begangen werden können, daß er in Preußen Karriere machte und 1889 preussischer Justizminister wurde, das Bürgerliche Gesetzbuch vorbereiten half. Aber was interessiert das sonst? Schellings Beziehungen zu der jungen Arbeiterbewegung sind uns heute wichtiger. Er war 1861—64 erster Staatsanwalt beim Stadtgericht zu Berlin, und hat in dieser Stellung eine Auszeichnung durch Lassalle bekommen, die länger in der Geschichte hängen dürfte als andere von ihm. Er verfaßte die Anklage gegen Lassalle wegen Aufreizung der besitzlosen Klasse „zu Haß und Verachtung“ und wurde dafür von ihm in den klassischen Verteidigungsreden, die nachher als Broschüren erschienen, als berühmte Staatsanwälte unsterblich gemacht. Lassalle kannte sich dabei den besonderen Witz leisten, daß er Schelling, den Sohn, durch den Schelling, den Vater, widerlegte und bloßstellte. So hat ihm die Schmachhaft doch noch genügt; als Sohn eines berühmten Vaters war er doppelt klammert.

Musikunterricht und Werkunterricht. Die Richtlinien für einen Lehrplan der Deutschen Oberschule und der Aufbauschule sind nach einem Beschluß des preussischen Staatsministeriums nun in Kraft getreten. Ein ergänzender Erlaß des Kultusministeriums trifft Bestimmungen für den Musik- und Werkunterricht. Instrumentalunterricht, wie ihn die Lehrpläne vorsehen, kommt zunächst nur da in Frage, wo das instrumentale Inventar in den Schulen schon vorhanden ist oder ohne Anwendung von Staatsmitteln beschafft werden kann. Etwasige Mehrkosten für diesen Unterricht sollen die Eltern tragen, soweit nicht durch die Opferwilligkeit privater Kreise oder durch Schülerorganisationen Mittel gewonnen werden können. Bei der Pflege der Instrumentalmusik wird wie bei der Förderung anderer Bildungsaufgaben auf die Selbsthilfe der Anstalten und auf die Unterstützung weiterer Kreise gerechnet. Das gilt auch vom Werkunterricht, für den nur sehr geringe staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Hier kommt auch wirtschaftliche Ausgestaltung dieses Unterrichts für die Zwecke der Schulen in Frage.

Das aufreizende Gedicht. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht I hat gegen den Schriftsteller Oskar Knebel das Hauptverfahren wegen Aufreizung zum Mord veranlaßt. Knebel gab ein von ihm veröffentlichtes Gedicht „Strolch frei“.

Der dritte staatliche Fortbildungskursus für Choebirigenen findet vom 22. bis 28. April d. J. in der Akademischen Hochschule für Musik statt. Amfänger sind die 30 Herren vom Deutschen Sängerbund und vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund.

Gedenken zu Alpkloßs 100. Geburtstag. Am 2. Juli d. J. sind 100 Jahre seit der Geburt Alpkloßs verstrichen. An diesem Tage oder bei nächstem Schulfest soll nach Anordnung des Kultusministers in allen Schulen in geeigneter Weise dieses deutsche Dichters gedacht werden.

Sven Hedins Gedicht. Der durch seine Forschungsreisen in Zentralasien bekannte schwedische Forscher Sven Hedin ist zum Präsidenten der schwedischen Akademie der Wissenschaften gewählt worden.

besetzten, und von den italienischen Delegierten dürfte Barthou kaum irgendwelche Unterstützung zu erwarten haben.

Am den Ausbruch eines offenen Konfliktes zu vermeiden, dürfte die Reparationskommission kaum eine andere Möglichkeit als die neuen dilatorischen Entscheidungen bleiben. Sie wird sich unter diesen Umständen voraussichtlich am Mittwoch auf die Ernennung der von ihm zu bestimmenden Mitglieder der verschiedenen Organisationskommissionen beschränken. Das Komitee für die Eisenbahnen soll aus fünf Delegierten zusammengesetzt sein, von denen die Reparationskommission zwei zu ernennen hat. Die Wahl der vom Komitee Dames vorgeschlagenen Sachverständigen Acworth und Leberre gilt als gesichert. Das Komitee für die Organisation der deutschen Goldemissionsbank soll aus zwei Mitgliedern zusammengesetzt werden, von denen der eine der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sein dürfte und der andere jedenfalls von der Reparationskommission aus den Reihen der Mitglieder der beiden Expertenkomitees ernannt wird. In Aussicht genommen ist dafür der belgische Delegierte Franqui.

London, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine am Dienstag veröffentlichte Reuters-Meldung besagt, daß die englische Regierung am Donnerstag der Reparationskommission offiziell antworten wird. In den maßgebenden englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß schnellstens mit der Durchführung des Sachverständigenprogramms begonnen werden müsse. Später könnten sich die Alliierten mit den anderen Fragen, der Feststellung der Totalsumme der Reparationen und der Sicherheiten, beschäftigen. Eine Konferenz der interalliierten Regierungen oder eine Begegnung der Ministerpräsidenten wird vor den französischen Wahlen für mehr als unwahrscheinlich gehalten.

Der Brief Poincarés an Barthou.

Paris, 22. April. (Havas.) Der Brief Poincarés an Barthou besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil dankt Poincaré Barthou für die Übermittlung des Berichtes der Sachverständigen, der eine bemerkenswerte und gewissenhafte Arbeit darstelle. Im zweiten Teil erklärt Poincaré, daß es Sache der Reparationskommission sei, im Rahmen ihrer Befugnisse die Entscheidungen zu treffen, die der Sachverständigenbericht erfordert, nachdem sie die Entscheidungen mitgeteilt habe, die allen die Regierungen fassen könnten. Drittens endlich hebt der Ministerpräsident auseinander, daß er sofort nachdem die Reparationskommission ihre Beschlüsse gefaßt habe, sich mit den interessierten Regierungen, über die Punkte, verständigen werde, die sie angehen, und zwar im verständlichsten Geist und in der berechtigten Hoffnung, daß das Werk der Sachverständigen in die Tat umgesetzt werde.

Die Feststellung der Reuters-Agentur, daß die englische Regierung auf eine schnelle Durchführung des Sachverständigenprogramms besteht und Detailsfragen erst später behandelt wissen will, ist zweifellos als Antwort auf die Forderungen von Poincarés eingegangene Haltung zurückzuführen. Die englische Regierung schließt sich dem französischen Standpunkt, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsfreiheit bis nach dem Beginn der Ausführung der Vorschläge zurückzustellen, nicht an, sondern verlangt im Gegenteil schnellste Durchführung der Vorschläge. Darüber hinaus besteht Macdonald, wie uns ein eigener Drahtbericht aus London meldet, neben der sofortigen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands als Voraussetzung zur Erfüllung

Die Kant-Feier in Königsberg.

Am Dienstag vormittag begann im Königsberger Stadttheater der Festakt der Albert-Universität zum Gedächtnis Immanuel Kants.

Der Rektor der Universität, Prof. Uexküll, hielt die Begrüßungsansprache, in der er ausführte:

Kant als der tiefdringende Ergründer dessen, was das Kulturhandeln der Menschheit bestimmt und leiten soll: das ist's, um was es sich heute handelt. Doch noch tiefer möchten wir den Sinn unseres Kant-Festes fassen. Es soll ein Fest aller derer sein, die mit uns darin einig sind, daß deutsches Denken und deutsche Gründlichkeit, deutsche Gewissenhaftigkeit und deutscher Scharfsinn, wie er in Kant kulminiert, nicht zu übersehende, nicht beiseite zu legenden Güter und Werte sind, die eine zum Fortschritt sich bekennende Menschheit unbeschadet lassen dürfte. Indem wir Immanuel Kant feiern, wollen wir uns zu keiner Denkart des deutschen Idealismus, zu keiner Arbeitsart der deutschen Gründlichkeit, zu keiner Selbstlosigkeit der deutschen Schätlichkeit, zu keiner Rücksichtslosigkeit des deutschen Wahrheitsinnens bekennen.

Nach dem Rektor nahm der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Voellig, das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte:

Ein ist hat die preussische Unterrichtsverwaltung, das damalige „Geistliche Departement“, Kant vorgeworfen, er habe unverantwortlich gegen seine Pflicht als Lehrer der Jugend gehandelt. Heute darf ich im Namen des preussischen Staates bezug nehmen, daß die großen preussischen Erzieher, die uns unsere preussische Art gedeutet, die uns den Stempel ihres Geistes ausgeprägt haben, Friedrich der Große und Kant gewesen sind, daß gerade Kant, der ein Lehrer der Menschheit war, doch in besonderer Sinne

der Lehrer Preußens

ist. Was er für Preußen bedeutet hat, ist mit ehernem Griffel in die Tafeln der preussischen Geschichte gegraben. Denn als das Gehirn des großen Königs unterging, hat das gestunkene Preußen im Geiste Kants und durch den Geist Kants sich erneuert. Jünger Kants wurden die Führer der Freiheit.

Wenn Preußen in diesem Erinnerungsjahre eine Neuordnung seines Schulwesens unternommen hat, dann mußte und konnte sie nur erfolgen aus dem Geiste des deutschen Idealismus, aus jener Selbstbestimmung auf die letzte Kraft unseres deutschen Wesens, in die Freiheit und Geiz, Persönlichkeit und Gemeinschaft, die Menschheit in mir und dem anderen, in der Volkstum und Menschheit sich zur Einheit verbinden.

Das alles aber ist kantianen Geistes. Kantianen Geistes aber ist auch die Loslösung vom dogmatischen Denken. Auch Kant ist kein Dogma, er ist Verkünder der Autonomie, aus der allein die kommende Zeit zur Freiheit gelangen wird.

Wir glauben an die Kraft der Idee und an die Kraft des Geistes: Wie vor hundert Jahren Königsberg der Brennpunkt des geistigen Lebens des zusammengebrochenen Preußens wurde, wie von hier aus, von kantianen Geist befeuert, die Männer das Werk angriffen, das schließlich siegreich durchgeführt wurde, wie die Erneuerung des vaterländischen Geistes nicht zuletzt auf die Wirksamkeit der Männer zurückzuführen war, die hier unter den stärksten Nachwirkungen des Titanen lehrten und wirkten, so wird auch jetzt die älteste der bestehenden preussischen Universitäten ihre Kraft behaupten und ihrerseits mitwirken, daß hier, in der Ostmark, deutsches Wesen, deutsches Leben nicht gefährdet werden und daß auf dem alten preussischen Urboden die Kräfte sich heranhilden, die mitwirken müssen, daß unser schwer getroffenes Vaterland wieder erstehe in alter Kraft und Blüte.

Es folgte die Festrede des Universitätsprofessors Goede-meyer.

Darauf trat eine kurze Pause ein. Nachdem die Festversammlung wieder Platz genommen hatte, ergriff Staatssekretär

der dem Reich auferlegten Lasten auf die Ausführung der Vorschläge in ihrer Gesamtheit. Die von Poincaré in einem Brief an Barthou als Vorsitzenden der Reparationskommission gestellte Frage, ob die französisch-belgischen Organisationen im Ruhrgebiet sofort aufgegeben werden sollen oder erst umzuwandeln seien, wenn Deutschland den Plan der Sachverständigen zur Ausführung gebracht habe, dürfte insoweit mit Rücksicht auf die Haltung Englands und der anderen in der Reparationskommission vertretenen Mächte mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit im Sinne der Sachverständigen entschieden werden.

Lloyd George gegen Macdonald.

In einer Rede vor liberalen Wählern wandte sich Lloyd George am Dienstag sehr scharf gegen die spöttischen Behauptungen Macdonalds über die Liberalen auf dem Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei in York. Er ermahnte den Ministerpräsidenten nicht zu vergessen, daß seine Regierung auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen sei, und daß die Konfessionen nur darauf lauern, sie zu stürzen. Die Arbeiterpartei möge es sich daher überlegen, ob sie weiter durch eine solche Tonart gegenüber den Liberalen, wie sie Macdonald angeschlagen habe, es dem letzteren nicht einfach unmöglich mache, sie weiter im Amt zu halten. Andererseits müßte es durchaus möglich sein, daß Arbeiterpartei und Liberale vielen Programmpunkten durchaus miteinander gegen die Konservativen übereinstimmen, sich auf einer gemeinsamen Plattform trennten, auf der beide unter würdigen Umständen zusammenwirken könnten.

Der englische Parteitag.

York, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands schloß am Dienstag nach dreitägiger Dauer seine Beratungen. Der Hauptgegenstand der Verhandlungen des letzten Tages war die Beratung des Agrarprogramms der Partei. Der Parteitag verlief außerordentlich ruhig und zeugte von einer vorzüglichen Stimmung innerhalb der Partei. Die von den bürgerlichen Parteien erwartete scharfe Kritik an der Regierung blieb aus. Zum Parteivorstand wurde Clifford Allen wiedergewählt, Boden Duxton zum Kassierer. Zu Mitgliedern des Parteivorstandes wurden ferner gewählt die Minister Wheatley und Howell und die Abgeordneten Maxton, Wallhead und Ayles.

London, 22. April. (E.P.) Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei in York hat eine Entschliessung angenommen, worin die Ausdehnung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 18 Jahre, ferner eine einheitliche Organisation des Primar- und Mittelschulunterrichts und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf allen Schulstufen, ferner die Erleichterung des Universitätsbesuchs für die Angehörigen der armen Klassen gefordert wird. Mit 236 gegen 162 Stimmen wurde ein Antrag abgelehnt, wonach der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden soll. Der Gegenantrag erklärte, daß eine solche Bestimmung dem Geist der Arbeiterpartei zuwiderlaufen würde.

Ein deutscher Protest beim Völkerbund gilt der Schädigung zahlreicher Personen mit unritztener Staatsangehörigkeit durch polnische Maßnahmen trotz der deutsch-polnischen Vereinbarung, während der Verhandlungen derartige Maßnahmen zu unterlassen.

Dr. Becker das Wort zu einer Rede über „Kant und die Bildungstrife der Gegenwart“. In dieser sagte er:

Was Kant etwa für Schüler bedeutet, das knüpft sich für den literarisch Gebildeten des 20. Jahrhunderts an Namen wie Nietzsche, Bergson und vielleicht noch Dilthey. Aus diesen Quellen wird der breite Strom gespeist, der als Philosophie des Lebens die ganze deutsche Bildungsschicht durchflutet. Wie ein neues Evangelium wird in der Lebensphilosophie die Einheit von Sein und Werden verstanden und die Philosophie nicht mehr mit Kant als begriffliches Denken über das Leben, sondern als unmittelbares, intuitives Erfassen des Lebens selber gedeutet.

Die Bildungstrife der Gegenwart stammt nicht aus dem Gegensatz eines idealen Irrationalismus gegen einen ebenso idealen Rationalismus; sie ist das Resultat eines irrationalen Dranges, der durch die praktische Rationalisierung unseres Lebens ausgelöst wurde, mit der eine theoretische Begründung dieses Zustandes Hand in Hand ging. Der Fortschritt des 20. Jahrhunderts war rational bedingt, das ganze Leben wurde zur wohl-durchdachten, rational arbeitenden Maschine bis zum Taylorismus und zur Kunstbäckerwirtschaft. Und diese Entwicklung fand natürlich auch in philosophischen Konstruktionen ihren Ausdruck. Wurde der Positivismus die freudig ergriffene philosophische Grundlage der jungen Naturwissenschaften und der Gesellschaftslehre, so wurde der zwar indirekt über Hegel auch auf Kant zurückgehende, aber im Grunde rein aus der Ausflurung des Westens geborene praktische

Schul-Maximus das Evangelium der Massen.

Der große soziologisch-ökonomisch-politische Lebenskomplex hatte also den Rationalismus zu einer Weltmacht werden lassen. Da ist es denn nun unser Schicksal gewesen, daß auch die von Kant herkommende Fachphilosophie gerade die formale, die logische, die letzten rationale Seite des großen Meisters einseitig entwickelte und so jene gewaltige Reaktion mit herbeiführen half, die ihren ersten Ausbruch in der Romantik und dann, auf ihr ruhend, in Nietzsche, Dilthey und Bergson erlebte.

Kritik und Ehrfurcht sind die beiden Pole der kantianen Philosophie. Seine Vernunftkritik hat der Form der wissenschaftlichen Erkenntnis für alle Zeiten die unerschütterliche Fundierung gegeben. Neben der Kritik stand aber bei ihm die Ehrfurcht. Im Gegensatz zu den starken Wirkungen, die keine Ehrfurchtslehre in seiner Zeit gehabt hat, sind diese erzieherischen Gedanken einer neuen, auf der Ehrfurcht vor uns selbst basierten Ethik in späterer Zeit wohl fast populär, aber vielleicht gerade deswegen wenig weiterentwickelt worden. Aus seiner Fragestellung heraus ließen sich leicht neue, höchst zeitgemäße Beziehungen zur Lebensphilosophie entwickeln. Doch gilt auch hier das Wort unseres großen Dichters: „Das neue Heil kommt nur aus neuer Liebe.“

Am Abend vereinigten sich die Teilnehmer an der Kant-Gedenkfeier auf Einladung der Gesellschaft der Freunde Kants zu dem historischen Bohnenmahl, das seit dem 22. April 1805 regelmäßig veranstaltet wird. Der bisherige Bohnenkönig, Professor Unger und der neue Bohnenkönig, Professor Biedel, hielten Ansprachen. Nach Beendigung des Mahles begaben sich die Teilnehmer zur Festausführung von Beethovens „Fidelio“ in das Stadttheater.

Die Stadt Königsberg hat aus ihrem Grundbesitz ein Grundstück von 15 000 Quadratmeter der Universität zur Errichtung wissenschaftlicher Institute geschenkt.

Die Kant-Spende des Deutschen Buchhandels hat bis zur Stunde die Möglichkeit einer Bücher-schaffung im Werte von rund 70 000 Mark zur Verwirklichung der Bücherbestände der Universität ergeben.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Erwerbslosenfürsorge. Entscheidung.

Die gemeinsame Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des A.F.A.-Ortsrats Berlin nimmt Kenntnis von den Bestrebungen der Reichs- und Staatsbehörden, die Erwerbslosenfürsorge als Aufgabengebiet den öffentlichen Arbeitsnachweisen und Landesarbeitsämtern abzunehmen und den politischen Behörden zu übertragen.

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge sind untrennbar miteinander verbunden. Die Trennung dieser beiden eng miteinander verknüpften Aufgabengebiete und Übertragung auf die politischen Behörden bedeutet die Aufhebung der Selbstverwaltung und Ausschaltung des Einflusses der wirtschaftlichen Organisationen.

Die Plenarversammlung protestiert deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Absicht und bedauert, daß auch der Deutsche Städtetag in einer Denkschrift durch seine Stellungnahme diesen Bestrebungen Vorschub leistet. Sie fordert von der Reichsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge weitgehendst gesichert wird.

Weiter fordert die Plenarversammlung, daß die durch die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 eingeführte Beitragspflicht ergänzt wird durch ein Unterstützungsrecht und Ausdehnung dieses Unterstützungsrechtes auf die Jugendlichen.

Endlich wird gefordert, daß die Bestimmung über die Pflichtarbeit aufgehoben wird, nachdem die Beitragspflicht besteht und acht Reizmittel der Unterstützung aus diesen Beiträgen ausgebracht werden müssen. Danach besteht kein Recht mehr, bei einer Beitragsleistung für empfangene Unterstützung eine Arbeitsleistung zu verlangen.

Tarif für Außenmonteure.

In einer Zusammenkunft der Außenmonteure am Ostermontag, soweit sie im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, in den Betrieben des B.M.B. beschäftigt sind, erstattete Knaack Bericht über die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages. Wie in allen anderen Branchen war auch hier nicht das geringste Entgegenkommen bei den Arbeitgebern zu finden, wenigstens kann man ihr Angebot, die sich nach der Umrechnung von Papier- in Goldmark ergebenden Auszahlungssätze auf volle 10 Pfennige nach oben abzurufen, nicht als Entgegenkommen bezeichnen. Sie erwarteten dafür sogar die Zustimmung der Monteurkommission zu einer Verschlechterung der Jahrgeldentschädigung, indem die Monteurs in Zukunft nur noch die 4. Wagenklasse der Reichsbahn benutzen dürften. Nach langen, oft wiederholten Verhandlungen kam dann eine Vereinbarung zustande, die die Auszahlungssätze ab 3. März wie folgt festsetzt:

Großmaschinenmonteure: 1. In Industriebezirken, Groß- und Hafenstädten und nachweisbar teuren Städten 3,50 M. für den Tag, 2. In anderen Städten und Plätzen, soweit sie nicht zu 1. gehören, 3 M. 3. In ländlichen Betrieben 2,25 M. 4. Bei freier Verpflegung und Unterkunft 0,75 M. Elektromonteur: 3 M., 2,50 M., 1,75 M. und 0,50 M. Kabelmonteur: 3,20 M., 2,70 M., 2 M. und 0,70 M. Kram- und Aufzugmonteure, Apparate- und Behältermonteure und Stellwerksmonteure, wie Kabelmonteure, Eisenkonstruktionsmonteure. Für Montagen unter vier Wochen 2,50 M., über vier Wochen 2,25 M. Motor- und Pumpenmonteure werden nach den Sätzen der Großmaschinenmonteure bezahlt. Monteurs für Fernsprechanlagenbau und Monteurs für landwirtschaftliche Maschinen erhalten die Auszahlungen der Kabelmonteure. Für die ersten drei Wochen jeder Montage erhalten alle Gruppen für den Tag 80 Pf. Zuschlag, die Elektromonteurs dagegen nur 75 Pf.

Zu bemerken ist bei dieser Neuregelung, daß die Einteilung der Stadien nach Einwohnerzahlen in Vorfall gekommen ist und für den früher vorhandenen Begriff „ländlicher Bezirk“ „ländlicher Bezirk“ gesetzt worden ist.

In der Aussprache über den Bericht wurden die Auszahlungssätze als viel zu niedrig bezeichnet. Der Verhandlungskommission wurde aufgegeben, den Tarif zum 1. Juli zu kündigen und in neuen Verhandlungen höhere Sätze zu verlangen. In der Monteurversammlung zu Pfingsten wird darüber erneut Bericht erstattet werden. Die Kommission erwartet von den Monteurs die Zusendung geeigneter Unterlagen für die Verhandlungen bis zum 20. Mai.

Ueberstundenwirtschaft.

Hierzu wird uns geschrieben: „Bei der Firma Gebr. Dapp u. Co., Wagengabrik in Berlin R. 4, Eichendorffstr. 20, mühten die Arbeiter längere Zeit verfrüht arbeiten. Seit einigen Wochen scheint der Geschäftsgang besser geworden zu sein, weshalb die Firma Ueberstunden verlangte, und zwar zunächst von einigen Schloßern. Sie spezialisierte offenbar darauf, daß, wenn erst ein Teil der Arbeiter vom Achtstundentage abgedrängt ist, mit der Gesamtbeteiligung leichteres Spiel sei. Jedenfalls, die Schloßer haben die Ueberstunden ausgeführt und heute leistet fast die gesamte Belegschaft freiwillig Ueberstunden, darunter auch die kommunikativen Betriebsräte Pahl und Sauter. Dieselben Leute, die andere beschuldigen, insbesondere die Gewerkschaftsleiter, den Unternehmern die Steigbügel zu halten und den Achtstundentag zu sabotieren.“

Dabei sind auch bei Dapp noch genügend Plätze für Handwerker frei, so daß Ueberstunden überhaupt nicht notwendig wären, wenn arbeitslose Facharbeiter eingestellt würden. Ein früheres Betriebsratsmitglied, das sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma meldete, wurde abgewiesen, angeblich deshalb, weil es noch an Arbeit fehle.

Anfang April wurde der Firma vom Deutschen Metallarbeiterverband die Forderung unterbreitet auf Zahlung eines Spitzenlohnes von 70 Pf. Diese Forderung wurde von der Firma abgelehnt, die Ueberstunden aber wurden trotzdem häufig weiter geleistet.

Auch der Urlaub gefährt der Firma nicht mehr recht, weshalb sie vor einigen Tagen dem Betriebsrat den Vorschlag gemacht haben soll, den Urlaub durch Bezahlung abzulösen. Der zuständigen Organisation wurde von dieser Absicht keine Mitteilung gemacht. Am Karfreitag hat die Firma etwa 20 Personen arbeiten lassen. Es wäre notwendig, von der zuständigen amtlichen Stelle zu erfahren, mit welcher Begründung der Firma die Erlaubnis dazu erteilt wurde.

Der Einfander bezweckt mit seiner Kritik, daß die Arbeiter der Firma Gebr. Dapp auch an ihre arbeitslosen Kollegen denken, aber auch daran, daß sie ihre Lebenslage nicht durch Ueberstunden verbessern können, so wenig wie durch permanente

Bestrevolution, sondern nur durch energischen Kampf um die Erhaltung des achtstündigen Arbeitstages, durch Beilegung der Ueberstundenwirtschaft.

Vor Hungerkatastrophen im Mansfelder Gebiet.

Halle, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Streiklage auf der Mansfelder Kupferhieserbaubenden Gewerkschaft hat sich im Laufe des Dienstags weiter verschärft. Es streiken bisher 4500 Erwachsene und 451 Jungarbeiter, sogenannte Treckjungen. Auf dem Wollschacht ist die gesamte Belegschaft seit Donnerstag mit der Begründung ausgesperrt, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr in Frage käme. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist groß. Auch die Geschäftswelt Eisiedens klagt über die Rückwirkung der seit langem völlig ungenügenden Löhne.

Eine stark besuchte Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre des Bergarbeiterverbandes für Mitteldeutschland beschloß am Ostermontag folgendes dringliche Telegramm an den Reichskanzler und die Reichsregierung: „Eine stark besuchte Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre der Mansfelder u. G. in Heldra fordert in schwerster Hungersnotlage infolge völlig ungenügender Löhne sofortiges Eingreifen der Reichsregierung, da Hungerkatastrophen sonst unvermeidlich sind. Gewählte Vertreter sind bereit, das Material mündlich vorzutragen und erbitten Mitteilung, wann sie vorkommen dürfen. Im Auftrage der Tariforganisationen: Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands.“

Beamten u. weibliche Angestellte bei Behörden (besonders auch abgebaut)

Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr
im Rufensaal Deutscher Hof, Ludwiger Str. 15

Öffentliche Versammlung

Referent: Genossin Hedwig Wagenheim

Regierungssekretärin im Reichsministerium des Innern

Erscheint volkshäßig! Erscheint volkshäßig!

August Brust gestorben.

August Brust, der Gründer und Führer der christlichen Bergarbeiterbewegung, ist am Sonntag in Essen einem Schlaganfall erlegen. In den Jahren von 1878 bis 1898 war Brust als Bergarbeiter tätig. Die Idee der Gründung christlicher Gewerkschaften ist nicht den Köpfen der Arbeiter entsprungen. Was die freien Gewerkschaften an Verfüzung der Arbeitszeit — die achtstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt wurde im Bergbau schon vor 30 Jahren als Forderung erhoben —, Lohnhöhung, Schutznachnahmen und anderen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen forderten, das alles konnten auch die christlichen Arbeiter gebrauchen. Allein die Gewerkschaften waren sozialdemokratisch, und vor der Sozialdemokratie wurde den Arbeitern und ihren Frauen von den Kaplänen und der Zentrumspresse bange gemacht; sie schaffte die Religion ab und die Ehr, sie wollte teilen, die Arbeiter am Sporen hindern und dergleichen, ganz abgesehen von all den Mordgeschichten, die nicht nur im Zentrum über sie verbreitet wurden. Konnte die christlichen Arbeiter zur freigewerkschaftlichen Organisation, dann waren sie als Wähler für die Zentrumspartei verloren. Dem galt es von jener Seite aus vorzubeugen, und da die katholischen Fachabteilungen dem Organisationsdrang der christlichen Arbeiter nicht im entferntesten genügen, gab man wohl oder übel seinen Segen zur Gründung christlicher Gewerkschaften. Auf der Gründungsversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes im August 1894 in Essen, auf der die Bergbehörde und sonstige Ehrengäste, katholische und evangelische Geistliche außer den Delegierten der katholischen und evangelischen Arbeiter- und Bergknappenvereine vertreten waren, führte Brust den Vorschlag, Erklärte: „Laudende von Bergarbeitern stehen vor einem Abgrund; es bedarf nur eines Anstoßes, daß sie der Sozialdemokratie anheimfallen. Dieser Gefahr will der zu gründende Verband vorbeugen, denn ein Anstoß auf die Sozialdemokratie bedeutet gleichzeitig einen Anstoß von der christlichen Religion. Sozialdemokraten müßten deshalb von dem neu zu gründenden Verbands ausgeschlossen bleiben.“

In dem nahezu drei Jahrzehnten, die seitdem verfloßen sind, hat sich die freigewerkschaftliche Organisation auch in den rheinisch-westfälischen Hochburgen des Zentrums durchgesetzt. Auf beiden Seiten wurde nicht immer mit Glacehandschuhen zugespacht. Schließlich kam es zu einer verträglichen Zusammenarbeit beider Gewerkschaftsrichtungen, nachdem man auf christlicher Seite eingesehen, daß die Sozialdemokraten nicht die Räuber und Mörder waren, als die sie verurteilt worden waren, auf unserer Seite aber, daß die christlichen Gewerkschaften sich nicht damit von dem Status bevormunden ließen, wie wir befürchtet hatten, sondern sich immerhin eine gewisse Selbständigkeit bewahrten und gar oft mit uns an einem Strang ziehen mußten. Und doch drängt sich uns die Frage auf, was aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden konnte, wenn sie nicht „christlich“ gehalten wäre, wenn sie gleich den Unternehmensverbänden auf religiöse Unterscheidungen verzichtete, die von den freien Gewerkschaften niemals gemacht wurden.

Nach zehnjähriger Führerschaft schied Brust aus der Gewerkschaftsbewegung aus, wurde Redakteur eines Zentrumsblattes in Buer und schließlich Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlenindustriats. Als preussischer Landtagsabgeordneter trat Brust stets mit für die Interessen der Bergarbeiter ein, und erst noch in jüngster Zeit trat er entschieden gegen die allzu große Bereitwilligkeit der Regierung und des Reichsarbeitsministeriums auf, die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände zu fördern. Während sein Kollege Stegerwald nach diplomatischen Bahnen strebt, ist August Brust Arbeitervertreter geblieben.

Zwei Tage vor dem Tode von Brust, am Karfreitag, feierten unsere Bergarbeiter in Essen das Andenken ihres Führers Otto Hue. In seinem Grabe auf dem Ehrenfriedhof Essen-Fulerum fand unter zahlreicher Beteiligung eine Gedächtnisfeier statt, wobei die Verdienste Hues um die Bergarbeiterschaft erneut gewürdigt wurden. Uns war Hue mehr, als Brust den christlichen Bergarbeitern sein konnte.

Entlassen nach Forderung einer Schutzvorrichtung.

Im Wernerwerk der Firma Siemens u. Halske mußten die Arbeiterinnen am Sandstrahlgebälge monatelang ohne Gummihandschuhe arbeiten, die zum Schutz der Hände gegen Verletzungen durch den ausgebliebenen scharfen Sand notwendig sind.

Die alten Handschuhe waren nämlich so abgenutzt, daß sie ihren Zweck nicht mehr erfüllten und die Lieferung neuer Handschuhe war — wir wissen nicht aus welchen Gründen — leibter unterblieben. Als Ersatz für die Gummihandschuhe belamen die Arbeiterinnen Tuch- oder Leinenlappen geliefert, mit denen sie ihre Hände umwickeln sollten. Die Lappenbandage muß aber wohl nur einen unvollkommenen Schutz geboten haben, denn die Arbeiterinnen klagten öfter über Verletzungen. Eines Tages kam eine Arbeiterin mit blutenden Händen zu dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann ihrer Abteilung. Der ging mit ihr zum Meister und verlangte von diesem, daß nun endlich statt der Lappen wieder Gummihandschuhe geliefert würden. Der Meister fand, daß der Ton, in dem der Vertrauensmann sein berechtigtes Verlangen vorbrachte, ungehörig sei und wies ihn aus dem Bureau. Im übrigen blieb alles beim alten. Zehn Tage nach diesem Vorfall wurde der Vertrauensmann entlassen. Als er nach dem Grunde der Entlassung fragte, bekam er zur Antwort, er habe sich dem Meister gegenüber ungehörig benommen. Gemeint war die Angelegenheit wegen der Gummihandschuhe.

Der Vertrauensmann klagte beim Gewerbegericht, weil seine Entlassung eine ungebührliche Härte darstelle. Der Vertreter der Firma machte in erster Linie die angebliche Ungehörigkeit gegen den Meister geltend und für den Fall, daß dieser Grund nicht ausreichen sollte, hatte er noch zwei andere Gründe zur Hand, die sich allerdings erst nach der ausgesprochenen Entlassung ergeben haben, aber auch ausreichen sollten, um die Entlassung zu rechtfertigen. Der Vertrauensmann hat nämlich, als ihm der Meister die Entlassung bekannt gab, gesagt, wenn man ihn entlasse, dann würde die ganze Abteilung, wenigstens aber die Werkzeugmacher mit ihm den Betrieb verlassen. In einer weiteren Auseinandersetzung hat der Vertrauensmann noch gesagt, wenn man ihn entlasse, dann würde er über den Meister Mitteilungen machen, die ihm Kopfschmerzen verursachen.

Das Gericht verurteilte die Firma, den Kläger entweder weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 151 Goldmark zu zahlen. In der Urteilsbegründung führte Magistratsrat Dr. Sell aus, selbst wenn man unterstelle, der Ton des Klägers gegenüber dem Meister sei ungehörig gewesen, so könne das die Entlassung nicht rechtfertigen. Mindestens hätte der Kläger erst verwarnet werden müssen. Die beiden anderen als Entlassungsgründe angeführten Äußerungen seien in der Erregung gefallen, sie seien nicht so schwerwiegend, daß sie die Entlassung rechtfertigen könnten. Es liege demnach eine unbillige Härte vor.

Wir meinen, die Firma hätte, anstatt es wegen dieser Angelegenheit zum Prozeß kommen zu lassen, denjenigen ihrer Beamten, der für das Fehlen der Gummihandschuhe verantwortlich ist, zur Rechenschaft ziehen sollen.

Achtung, Zimmerer! Die Zimmerer der Zahlstelle Groß-Berlin stehen zur Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit im Streik. Zugang nach Berlin ist fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter im Reich werden um Abdruck ersucht.

Die Firma Jürk u. Co., Adlershof, sucht durch Inserate Arbeitswillige. Die Arbeiterschaft befindet sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

In der Bielefelder Wäscheindustrie sind die Zusämeider und Räherinnen von Herrenwäsche in den Streik getreten. Die Streitpunkte betreffen die Arbeitszeitdauer, die Lohnhöhe und die Frage des Behringshaltens.

Die streikenden Werftarbeiter haben gestern in Hamburg beschloßen, dem Vorschlage ihrer Vertrauensleute folgend, die Arbeitsaufnahme abzulehnen und den Streik fortzusetzen. Der gleiche Beschluß ist auch in Kiel und wahrscheinlich an allen übrigen Streikorten der Werftarbeiter gefaßt worden.

Graphische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 24. April, abends 6 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 98: Öffentliche Wählerversammlung der graphischen Industrie. Tagesordnung: 1. Rettung oder Katastrophe? Referent: Genosse Redakteur Alexander Stein. 2. Freie Aussprache. Verbandsausweis der graphischen Berufe gilt als Legitimation. Werbeauschuh der graphischen Industrie.

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter! Heute abend 6 Uhr im großen Saal des „Rosenholzer Hof“, Rosenholzer Str. 11/12, Versammlung aller B.S.D.-Genossen der Gemeinde- und Staatsbetriebe. Sehr wichtige Tagesordnung. Redakteur J. Steiner spricht! Ersuchen: Nicht! Parteilosheit legitimiert. Sympathisierende können eintrittsberechtigt werden. Der Fraktionsverband.
Achtung, Siemens-Konzern! Am Freitag, den 25. April, nachm. 4 1/2 Uhr, bei Wersand, Reduktant zum Heidepark, Siemensstadt, Rönnebaum-Allee, Versammlung aller B.S.D.-Arbeiter und Angestellten des Siemens-Konzerns. Sympathisierende sind mitzubringen. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie im Wohlstand. Ref.: Genosse Dr. Deiters. 2. Freie Aussprache. Der Fraktionsverband.

Besteuerung der Arbeiter-Verband.

Wäschegehilfen im Einzelhandel: Mitgliederversammlung heute, Mittwoch, abend 6 1/2 Uhr, Sebaltsstr. 87/88. Stellungnahme zum Antrag des Arbeiterverbandes bezgl. der Rechtsverbindlichkeit des Schiedsgerichts des Rahmenvertrages und Schlichtung über den Schiedsdruck betr. untere Lohnforderung.

Bertram-Brauerei: Mitgliederversammlung morgen, Donnerstag, abend 7 Uhr, Germania-Str. 10. Die Ablehnung unserer Forderungen durch den Arbeitgeberverband.

Kramers-Brauerei: Mitgliederversammlung morgen, Donnerstag, abend 6 1/2 Uhr, Sebaltsstr. 87/88.

Taschenfabrikation (König und Köhne): Mitgliederversammlung am Freitag, den 25. April, abend 6 Uhr, Rönnebaum-Allee, 38/39.

In jedem Falle Tagesordnung in allen Versammlungen: Jahresbericht, Auswahl des Vorstandes und der Branchenkommision und Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenversammlung.

Die Branchenkommisionen.

Verantwortlich für Politik: Groß-Konferenz: Wirtschaft: Helms, Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fraktionen: Dr. John, Schiffmann; Politik und Sozial: Fr. Kahlert; Anzeigen: H. Glaser; Schriftlich in Berlin: Berlin; Formulare-Bericht: G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66., Lindenstraße 3, Straß 2. Seilagen.

Jogal = Tabletten

hervorragend bewährt bei

Sicht, Rheuma, Ischias,	Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen,
--	---

Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus.
Klinisch erprobt.

In allen Apotheken erhältlich.

Best. 64,3% Acid. acetic. salic., 0,466% Chinin, 12,6% Lk., ad 100 Amyl.

HALPAUS

RARITÄT

Die Qualitäts-Cigarett

Aus dem Reiche der Wohnungsämter.

Die Statistik über die Lage des Berliner Wohnungsmarktes im Kalenderjahr 1923 hat interessante Zahlen geliefert, die das unklare Bild über die Lage des Berliner Wohnungsmarktes ein wenig erhellen. — Die Nachfrage belief sich am 1. Januar 1922 auf rund 147 000, am 1. Januar 1923 auf rund 206 000 und am 1. Januar 1924 auf rund 223 000 Wohnungen. Die Wohnungsfuchenden nahmen also 1923 nur um 8 Proz. gegenüber 40 Proz. im Vorjahre zu. Der Zustrom ist schwächer geworden. Als vermietbar wurden 34 000 Wohnungen (1922: 47 000) angemeldet.

Der Wohnungsbedarf.

Der Wohnungsbedarf von solchen Familien, die mit Anspruch auf eine leere Wohnung nach Berlin zuwanderten, war sehr beträchtlich. Nicht weniger als 7 865 Reichsdeutsche, 2 401 Auslandsdeutsche einschließlich der Kriegsgefangenen und 117 Angehöriger fremder diplomatischer Missionen, zusammen 10 383 Familien waren unterzubringen. Außerdem forderte der Ministerialerlass vom 23. Juli 1923 noch, daß die infolge Todesfall oder Verletzung in den Ruhestand freigewordenen Beamtenwohnungen für

gemeinde Berlin liegt zu neuer Beschlußfassung vor. — Von den 1923 als vermietbar angebotenen etwas 34 000 Wohnungen wurden etwa 4200 wegen begründeter Ansprüche der Verfügungsberechtigten oder aus sonstigen Ursachen ohne Mitwirkung des Wohnungsamtes vergeben, und die übrigen etwa 28 000 Wohnungen wurden durch den amtlichen Wohnungsnachweis vermietet.

Wohnungsaufsicht und Pflege.

Die Wohnungsaufsicht und die Wohnungspflege sind ein besonders schwieriges Problem. Mieter und Vermieter sind häufig zu verarmt, um die Forderungen der Wohnungsaufsicht zu erfüllen. Regelmäßige straßenmäßige Besichtigungen sind aus Gründen des Beamtenabbaues nicht mehr möglich. Die verfügbaren Kräfte können kaum noch den Fällen nachgehen, die bei der Tätigkeit des Wohnungsnachweises oder durch Anzeigen sich herausstellen. Diese Anzeigen gehen aus von den Betroffenen selbst oder aber auch von Organisationen und Behörden, wie Lungen-, Trinker- und Säuglingsfürsorgestellen, vom Wohlfahrtsamt für den Landesbezirk Berlin vom 22. April 1919 sowie die Wohnungsverordnung, Wohlfahrtsamt und von Stadträten, Bezeichnung und Wohnung versuchen hier Abhilfe zu schaffen. Soweit dieses durch Zwangsmassnahmen oder bei Notstand nicht zu erreichen ist, versuchen die Wohnungsämter selbst die Mängel zu beseitigen, wozu die sogenannten „Ablösungsgelder“, verfallene Rationen und dergleichen gewisse Mittel liefern. Die Wiederaufnahme der Kontrolle über das Schlafstellenwesen war leider aus denselben Gründen wie bei der Wohnungsaufsicht nicht möglich. Höchstens ganz grobe Verstöße in sittlicher oder gesundheitlicher Hinsicht konnten beseitigt werden, soweit sie bekannt wurden.

Kinderreiche und Kranke.

Das schwierigste Problem ist die Unterbringung kinderreicher Familien. Die Wohnungsämter müssen gerade nach dieser Hinsicht hin besonders ernstlich einschreiten. Ebenso ist eine unabwendbare Aufgabe der Wohnungsämter die Bekämpfung ansteckender Krankheiten und die Säuglingssterblichkeit. Die Zusammenarbeit mit den Fürsorge- und Wohlfahrtsstellen hat in vielen Fällen schon Erfolg erzielt. Die Zuweisung einer geeigneten Wohnung an Kranke führte in zahlreichen Fällen zur Besserung ihres Zustandes. Auch konnte mit Betten aus Mitteln der M.-Berliner König-Friedrich-Stiftung sowie durch Umzugs- und Mietbeihilfen große Not gelindert werden. Die Bautätigkeit der Wohnungsämter zeitigte 1923 eine Leistung von 1212 Wohnungen mit 3136 Räumen. Leider gingen durch Verfall und Brandschaden 402 Wohnungen verloren, meist solche Wohnungen, die wegen ihres schlechten Zustandes kein Wohnungsfuchender mehr haben will oder die überhaupt als unbenutzbar baupolizeilich gesperrt sind. — Überall hat man behelfsmäßig Notwohnungen geschaffen durch Herstellung verwaorholter Wohnungen, durch Wohnlauben, durch Instandsetzung von Baracken, im ganzen 1212 Wohnungen. — Die Bauwirtschaft ist 1923 weiter zurückgegangen. Sowohl der private Wohnungsbau wie der Siedlungsbau wurden durch die Inflation stark beeinträchtigt. Der private Wohnungsbau hat davon Nutzen gezogen. Der Siedlungsbau litt darunter. Bis auf vereinzelte Fälle schuf der private Wohnungsbau fast nur Einfamilienhäuser und in den ärmeren Gebieten fast nur sogenannte Dauerwohnlauben.

Behäft war die industrielle Bautätigkeit in Neubau, Tempelhof, Spandau und Reinickendorf. Die Innenbezirke erhielten einen Zuwachs durch Errichtung oder Umbau einiger Geschäftshäuser. Aus Landesdarlehen, Reichskrediten konnten zusammen 996 Wohnungen, und zwar 500 Hochhäuser und der Rest in Mittel- und Flachhäusern in Angriff genommen werden. Die neu geschaffenen Wohnungen verteilten sich auf 19 geschlossene Siedlungen, außerhalb dieser Siedlungen wurde nur ein Einzelhaus mit öffentlichen Zu- schüssen errichtet. Die Baugrunderwerbungen und die Bereitstellung der Mittel zeitweise in Frage gestellt. Leider wurden die vom Reich im Herbst in Wochenraten zur Verfügung gestellten Papiermarktkredite durch die fortschreitende Geldentwertung vermindert, so daß eine Anzahl Siedlungen im Dezember stillgelegt werden mußten. Vollständige Fertigstellung war erst wieder in Aussicht zu nehmen, als das Reich der Stadt als Treuhänderin um Weihnachten herum 850 000 Goldmark zuwies. Von den 996 Wohnungen konnten bis zum Ende des Jahres rund 400 bezugsfertig hergestellt werden.



die betreffenden Behörden offenzuhalten seien. — Der Wohnungszustand hat sich bei kleineren und mittleren Wohnungen weiter verschlechtert: einerseits nach normaler Konsumtion, andererseits aber durch zu dichtes Bewohnen, ungenügende Beheizung und mangelhafte Instandhaltung. Im allgemeinen konnten nur die größten Mängel, wie Dach-, Leitungs- und Defektschäden beseitigt werden. — Die Organisation der Wohnungsämter wurde durch Vereinigung benachbarter Wohnungsämter zu Bezirkswohnungsämtern vereinfacht und verbilligt, weil dadurch Personal und Material sich ersparen ließen. Das Groß-Berliner Wohnungsnotrecht blieb 1923

noch unverändert, jedoch liegt bereits eine Neufassung sowie ein neuer Entwurf für die Satzungen vor. Bis zu ihrer endgültigen Abschließung werden die „Bekanntmachungen des Magistrats zum Schutze der Mieter und über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel“ für die neue Stadtgemeinde Berlin vom 21. Mai 1921 und die vom Ausschuss für das Wohnungswesen aufgestellten Satzungen vom 25. Oktober 1921 noch wirksam bleiben. Ebenso besteht die Polizeiverordnung über Wohnungsordnung für den Landespolizei- bezirk Potsdam vom 19. März 1919 noch zu Recht. Der Entwurf einer Wohnungsordnung für das Gesamtgebiet einer neuen Stadt-

Das Zeichen.

Von Daniel Corkery.

Ich würde jetzt sicher ruhig einschlafen sein, wenn dieses andere nicht gewesen wäre. Ich blieb auf dem Bett sitzen und rauchte eine Zigarette nach der anderen, und ich weiß nicht, immer wieder fiel mir ein, daß der Wachmeister Kaylor sich doch noch erinnern könnte, mein Gesicht schon irgendwo gesehen zu haben. In zwei Minuten war ich wieder in den Klüften. Ich huschte lautlos die Treppentufen hinunter. Mir fiel der muffige Geruch in der Gaststube auf, wie ein Haus so muffig riechen konnte, das in einer offenen Gegend so frei da stand. Ich schob die Kugel zurück, drehte den Schlüssel herum und zog ganz leise mein Rad hinter der Tür hervor, um in die Stille der nebligen Dämmerung zu tauchen. Während ich mich leise vorwärts schob, ging das Giebelfenster auf.

„Junger Mann, wohnen wollen Sie um diese Stunde?“

„Still,“ hauchte ich ihm zu, „es ist besser für mich, daß ich mich fortmache, sie werden ganz sicher wiederkommen.“

Ich sah seine weißen Haare um seinen Kopf fallen und in seinen Augen einen Blick so unschuldig wie im Gesicht eines Kindes; die Welt mit ihrer verhängenden Erkenntnis war aus irgendeinem Grunde an ihm vorübergegangen.

„Aber wollen Sie nicht etwas zu sich nehmen, ehe Sie fortgehen?“

„Nein, nein, besser nicht, ich werde schon noch zu einem Frühstück kommen, ganz sicher.“

„Ja, das schon, das werden Sie schon.“ — Ich hatte das Gefühl, als wollte er etwas anders sagen.

„Sie sind hier zu jeder Zeit willkommen, bei Tage oder bei Nacht.“ — Sie haben sich ein schweres Päckchen aufgehängt und müssen viel ausstehen, müssen laufen wie ein armer Hase, hinter dem die Hunde her sind,“ murmelte er noch zu mir.

Die fröhen Dämmerung lag um mich und die nächtliche Stille. „Andere müssen noch weht aushalten, die jungen Männer in den englischen Gefängnissen,“ gab ich zurück und setzte mich auf das Rad. Da kamen mir zwei Zellen von Sean O'Carrahs Lied in den Sinn, ich reckte mich und sang dem alten weißhaarigen Manne ins Fenster:

So viele meiner Söhne hat England mir geraubt,
Wie soll ich, Gott im Himmel, weiterleben ohne sie!
„Es ist immer dasselbe alte Lied,“ sagte ich mir plötzlicher Bitterkeit auf Gälisch hinzu.

„Ich kann dich nicht verstehen,“ sagte er traurig, „aber es ist so schön, diese Sprache zu hören.“ — Ja, die vor uns gelebt haben, das waren große Männer.“

Ich winkte mit der Hand und ließ ihn allein. Er sah mit in die schweigende Morgendämmerung nach.

4.

Zehn Meilen weiter war ich an einer Stelle, wo ich als Junge so oft meine Schulschulferien zugebracht. Ich fuhr und fuhr immer weiter, und Sean O'Carrahs düsteres Lied schwand allmählich aus meinem Kopfe. Ein schöner Herbstmorgen begann mich mit stiller Wohlgefühligkeit einzuhüllen.

Und wie ich durch diese Gegend fuhr, wurden mir wieder die alten Tage lebendig, in denen ich hier mit dem Sohne des Bauern den ganzen Tag fischte oder auf dem einzigen Pferd nach dem Städtchen ritt, um etwas zu bestellen. Und der Gedanke an den Sohn dieses Bauern fügte sich ein in meine Stimmung, machte mich wieder ruhig und erfüllte mich ganz. Diese alten Tage waren so freundlich und anheimelnd, als die spätere Zeit war so voller Angst, Hastigkeit und Unruhe. Der Weg machte jetzt bei ein paar Bäumen eine Biegung, dann stieg ich ab: vor mir war das Haus meines jugendlichen Freundes Gregory O'hern.

Ich mußte mir mit Gewalt einreden, daß er doch jetzt schon ein Mann sein mußte, aber ich sah immer nur den Knaben vor mir. Hier waren die Feldstücke keines Vaters, ich erkannte jedes einzelne wieder. Sie waren viel besser bestellt, der Hof viel besser im Stande, Schuppen und Scheune waren um das Wohnhaus neu hinzugekommen, und ein lebendiger Windschutz aus Lärchbäumen war auf der Wetterseite gepflanzt. Alles sah nach Behäbigkeit aus, so daß ich sich fürchtete, der Hof sei inzwischen in andere Hände gekommen. Endlich traute ich mich doch in den Hof. Die Haustür war offen. Ein schrilles helles Licht fiel auf den Hausflur und reichte bis zu den Füßen eines alten Mannes, der mich grüßte: „Kommen Sie nur herein in mein Haus, Sie hätten noch ziemlich weit bis zum nächsten Hause!“

„Seid Ihr Humphrey O'hern,“ fragte ich.

„Ja, der bin ich,“ brachte er vorsichtig heraus.

„Ihr erkennt mich wohl nicht mehr?“

Er erhob seine Augen und sah mich fest an.

„Sie müssen mir schon verzeihen,“ sagte er mit einer ungewohnten Höflichkeit, die mich sofort an den jungen Gregory in dessen Jugendtagen erinnerte; es war gerade jetzt etwas in ihm, was ich nicht recht beim Namen nennen konnte und was mich verwunderte.

„Sie müssen schon verzeihen,“ und dabei blinzelte er mich mit den Augen an, „das Reiten hat mich ganz unnützig gemacht, ich kann nicht mehr aufstehen, und die Sonne blendet mich sehr.“ Und dabei machte er immer Anstrengungen aufzustehen.

„Es sind jetzt fünfzehn Jahre her, seit ich zuletzt in Eurem Hause war,“ sagte ich, und ging ganz nahe zu ihm, „aber Euer Sohn kannte mich einmal ganz gut.“

„Wenn er Sie dazumal gekannt hat, so wird er Sie auch heute noch kennen.“

Ich spürte, daß in diesen feinen Worten ein besonderer Sinn war — oder hatte ich, ohne es zu wollen, meinem Kopfe auch jetzt jenen feinen Ruck gegeben?

„Gregory und die andern sind im Stalle bei den Kühen, sie werden jeden Augenblick hereinkommen, sehen Sie sich einwickeln,“ sagte der Alte.

5.

Das Weibervolk kam zuerst, sie erkannten mich gleich wieder und fragten nach meinen Leuten. Dann kam Gregory, mein Jugendfreund. Er war jetzt sechs Fuß groß, starkknöchig, von frischem Aussehen, ein wenig häßlich in seinen Bewegungen, seine Stimme war etwas unbestimmt, sein ganzes Gebaren hatte jene merkwürdige Höflichkeit, die man allenthalben in Munster trifft. Vor Schüchternheit vermochte er kaum zu sprechen. Nach einer Weile sagte er endlich: „Ich habe Ihr Buch gelesen. Ich habe es da drin,“ und dabei wies er mit einem Kopfnicken nach dem Nebenraum.

Ich war überrascht. Mein kleines Gedächtnisbuch — und ich hatte gute Gründe zu dieser Meinung — war wohl nicht weit über meine Dubliner Freunde hinausgekommen.

„Und Sie waren auch bei dem Auffstand dabei und auch in Frongoch. Ich wollte Ihnen noch schreiben — aber ich bin nicht dazu gekommen.“

Er sah scheu auf mich, und dann senkten sich seine Augen. Ich war ein wenig rot geworden, denn ich muß gestehen, daß ich seit Jahren nicht mehr an ihn gedacht hatte. Seine Leute sahen nicht von mir weg. Sie waren offenbar noch nie einem begegnet, der jene fürchtbare Dubliner Osterwoche mitgemacht oder schon im Gefängnis gewesen hatte. Und der junge Bursche hatte sicherlich das alles für sich behalten, die Erinnerung an mich war etwas heiliges für ihn gewesen, ich konnte es ihm ansehen. Ich wurde vertegen und hielt inne. Ich fürchtete, daß der Dubliner Schriftsteller oder der Gefängnisheld etwas verkümmert hätte, wenn er zu mir sagte. Ich mußte meinen Kopf still halten wie bei einem Phantasma. Der Alte sah mich mit unverwandten Augen an und schien sich seine Gedanken zu machen.

Beim Abendessen sagte Gregory, immer noch mit großer Zurückhaltung: „Ich habe Ihren Artikel im Fenster gelesen: Wenn die Götter kommen, müssen die Halbgötter abtreten.“ — Ich wollte Ihnen schon schreiben, aber ich hätte vielleicht nicht recht getan —“

„Du hättest mir schreiben sollen,“ sagte ich zu ihm.

„Gregory ist nicht so einer der das läßt,“ sagte jetzt eine von den Frauen mit einem Lächeln in ihren ruhigen Augen.

Mit einem leichten Knick stand er auf und horchte nach der offenen Tür hinaus.

(Schluß folgt.)

Weitere 400 werden bis zum Frühjahr und Frühlommer fertig sein. Außerdem wurden noch 300 Wohnungsbauten aus 1922 übernommen. Die Gesamtzahl der aus öffentlichen und privaten Mitteln errichteten Wohnungen wird sich auf rund 5000 einschließlich der oben angegebenen 1212 Wohnungen belaufen.

Um den Oberstadtschulrat.

Zu dem zur Vorbereitung des Abbaues des Berliner Magistrats eingesetzten Ausschüsse haben die bürgerlichen Stadtverordneten für den Abbau des Oberstadtschulrats Paulsen gestimmt, obwohl der Oberbürgermeister in seinem Dezernats-Verteilungsplan die Beibehaltung der Stelle vorgezogen hat. Dem Kenner der Verhältnisse war der Beschluß nicht überraschend. Die vielen Angriffe, die in der letzten Zeit gegen Paulsen erfolgten, hatten den Zweck, durch Herabsetzung seiner Person und seiner Tätigkeit in der Öffentlichkeit für seinen Abbau Stimmung zu machen.

Aus diesem Grunde schloß man das Nachturnen aus, indem man sich in der Stadtverordnetenversammlung bemühte, zwischen dem Schulprogramm Paulsens und den gymnastischen Übungen einen Zusammenhang herzustellen. Das ist schon deswegen falsch, weil die Übungen nicht an einer von Paulsen errichteten Gemeinschaftsschule, sondern an einer der durch den Willen der Eltern ins Leben gerufenen Sammelhöfen für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder stattgefunden haben. Von den verschiedenen Angriffen der reaktionären Presse gegen Paulsen sei der der „Zeit“ erwähnt (Nr. vom 10. und 17. Februar). Obwohl aus den Gemeinschaftsschulen noch nicht Kinder entlassen worden sind, behauptet sie, die zur Entlassung kommenden Kinder befänden in vielen Disziplinen des praktischen Lebens nur geringe, für die Verwendung in einem Beruf nicht ausreichende positive Kenntnisse. Eine Gemeinschaftsschule hat sich in zwei Gruppen gegliedert, weil die beiden Hälften des Lehrerkollegiums über pädagogische Fragen verschiedener Ansicht waren. Auch die ersten Ringe um Verwirklichung pädagogischer Ideen schloß sich „Die Zeit“ zu einem völlig ungerechtfertigten Vorwurf aus: „Die Disziplin in den Schulen gibt vielfach zu lebhaften Klagen Anlaß. Ist es doch neuerdings vorgekommen, daß sich die Hälfte der Lehrer einer weltlichen Gemeinschaftsschule an eine andere Schule versetzen ließ, um endlich einmal Ruhe und Ordnung während des Unterrichts herbeizuführen zu können.“ Das tollste Stück leistet sich indes das Blatt mit der Behauptung, Paulsen hätte im Gegenlag zu seinen Vorgängern dem Berliner Schulwesen nicht seinen Stempel aufgedrückt. „Auf die Dauer ließe sich eine derartige Negativität nicht ertragen.“ Einen solchen Vorwurf mag das führende Organ der Partei, deren Mitglieder unter Führung des völksparteilichen Stadtverordneten Tropste bei der kleinsten Reform Paulsens einen Barr machen, als ob dieser die Berliner Schulen zugrunde richten wollte. Was würde ein Arzt sagen, wenn seine Patienten sich der Durchführung seiner Vorschriften und Ratsschläge widersetzen und ihm nachher Vorwürfe machen würden, daß die Krankheit sich während seiner Behandlung nicht gebessert hat? So hat der Berliner Magistrat noch nicht den viermal von der zuständigen Deputation für die höheren Angelegenheiten der höheren Schulen mit Zustimmung aller Sozialisten und Demokraten gefassten Beschluß ausgeführt, nach dem die Sexten und Quinten der Alt-Berliner Realschulen abgebaut werden sollen. Warum? Man fürchtet, der völksparteiliche Kultusminister würde nicht seine Zustimmung geben.

In dem Ausschuss wurden alle möglichen Gründe vorgebracht, um den Abbau zu rechtfertigen (Morgennummer vom 17. April). Zwei Stadtverordnete erklärten etwa folgendes: „Bei der gegenwärtigen Finanznot müssen wir etwas sparen; wenn die Stelle auf die Dauer nicht entbehrlich werden kann, können wir sie wieder besetzen.“ Man mag es also jetzt noch nicht, den Sozialisten Paulsen durch einen bürgerlichen Stadtschulrat zu ersetzen. Die politischen Gründe wären so offensichtlich, daß gegen den Abbau mit Erfolg Einspruch erhoben werden könnte. Deshalb will man mit der Wahl seines Nachfolgers noch einige Zeit warten. Geradezu lächerlich ist es, zur Rechtfertigung des Abbaues Ersparnisgründe anzuführen. Denn der Unterschied zwischen dem Gehalt Paulsens und dem ihm gefällig zustehenden Barlogetel ist geringer als das Gehalt eines einzigen Lehrers; ihre Zahl beläuft sich in Berlin auf mehr als 10.000. — Auch Städte mit 100.000 Einwohnern haben oft einen Stadtschulrat, z. B. Potsdam; für die Viermillionenstadt soll aber plötzlich ein solcher nicht nötig sein. Der Stadtverordnete Michaels sagt mit Recht in „Berliner Tageblatt“ (Morgenausgabe vom 17. April): „Es ist so gut wie unerträglich, auf einen Stadtschulrat und einen Magistrat im Magistrat zu verzichten.“

Erfreulicherweise hat sich der Berliner Lehrerverein gegen den Abbau Paulsens ausgesprochen. Er läßt dessen Tüchtigkeit volle Gerechtigkeit widerfahren. Sein Organ „Die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ (Nr. vom 14. März 1924) schreibt zu dem Beschluß des Magistrats, das Schulwesen „auf der gleichen Höhe und in dem bestehenden Umfange zu erhalten“ und eine Erhöhung der Klassenfrequenz nicht einzutreten zu lassen: „Anerkennung und Dank gebührt vor allem der Berliner Schulverwaltung und ganz besonders Herrn Stadtschulrat Paulsen und Herrn Magistratsobersekretär Radahl, die sich tatkräftig und mit vieler Wärme für die Schule eingesetzt haben. Der Erfolg krönt ihre Arbeit.“

Stadts. Dr. Erich Witte.

Faschisten und Kommunisten.

Zu dem Zusammenstoß auf den Bollersdorfer Höhen.

Der Zusammenstoß bei Budow ist durch die Ermittlungen der politischen Polizei jetzt weiter aufgeklärt, wenn auch noch nicht festgestellt, wer die Angreifer waren und ob sich die Kommunisten nicht tatsächlich durch das Erscheinen der faschistischen Stahlhelme bedroht fühlten. Fest steht nur und sollte weder von den polizeilichen noch gerichtlichen Behörden übersehen werden, daß, seitdem sich am Beerdingstag Dreher und am Tage der Ankunft der Leiche die faschistischen, monarchistischen und völkischen Vertretungen mit ihren aufreizenden Fahnen und Abzeichen ungehindert und unbestraft in den Straßen Berlins entfalteten, die Beunruhigung auf der radikalen Gegenseite wieder zugenommen hat.

Geistes wurde bei dem Zusammenstoß ein Schüler Herbert Brach aus der Hebbelstraße 16 zu Charlottenburg. Er erhielt nicht einen Halsstich, sondern einen Stich in den Rücken, der die Lunge durchbohrte. Schwer verwundet wurde ein Schüler W. aus Charlottenburg. Er mußte zunächst nach dem Budower Krankenhaus gebracht werden und wurde von dort nach der ellersdorfer Wohnung übergeführt. Die beiden mochten als Wabfinder mit zwei Kameraden und einigen älteren Leuten vom Stahlhelme in Charlottenburg einen Ausflug. Kommunistische Jugend war schon am Sonnabend in der Budower Gegend. Wiederholt hatten die Förster mit ihnen zu tun, weil sie im Walde Feuer machte. Etwa 50—60 junge Kommunisten hatten am 1. Feiertag auf den Bollersdorfer Höhen abgezogen. Zu diesen gehörten Kaminski und Girth und der dritte, der jetzt von der politischen Polizei ebenfalls ermittelt wurde. Diese drei behaupten, daß sie an der Messerfehde nicht beteiligt gewesen seien. In ihrer Gruppe sei das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Bismarckbänder kommen und sie angreifen wollten. Nun sei eine etwa ebenso starke kommunistische Gruppe den Weg der Wabfinder und der Stahlhelmeute genommen, so daß diese zwischen die beiden kommunistischen Gruppen geraten seien. Der Zusammenstoß sei zwischen den Wabfindern und Stahlhelmeuten und der zweiten kommunistischen Gruppe erfolgt. Hier sei es auch zu den Messerfechten gekommen, nicht bei der ersten kommunistischen Gruppe. Hauptanführer dabei sei ein Bursche gewesen, den man nur unter

dem Epitheton „der Schlorrendorfer“ kenne. Er habe das Signal gegeben, die Wabfinder und die Stahlhelmeute zu verprügeln. Dieser Anführer wird von der politischen Polizei noch gesucht. Der Ueberfall fand in der Schlucht „Schwarze Kette“ statt. Nach dem Eingreifen der Förster gingen die Kommunisten auseinander. Während die Förster die drei Festgenommenen nach dem Rathaus brachten, sammelten sie sich wieder. Die drei wurden von dem Amtsvorsteher festgestellt und dann wieder entlassen, gerade als die vereinigten Gruppen durch Budow zogen. Von einer Drohung, das Rathaus zu stürmen, soll nach der Behauptung der Verhafteten keine Rede gewesen sein.

Öffentliche Wählerveranstaltungen

heute, Mittwoch, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Berlin-Mitte: Sophienäle, Sophienstraße 17/18.
- Wedding (21. Abt.): Schulaula Plantagenstraße 15/17.
- Wedding (22. Abt.): Schulaula Vöttcher Straße 47/48.
- Friedrichshain (38. Abt.): Lokal Schmidt, Fruchtstraße 36a (oberer Saal).
- Kreuzberg (40. und 41. Abt.): Backbrauerei, Fidicinstraße 2/3 (kleiner Saal).
- Kreuzberg (47. Abt.): Lokal Behrendt, Ranteuffelstraße 95.
- Charlottenburg (56. Abt.): Schulaula Pestalozzistraße 40/41.
- Neukölln (95. Abt.): Kindi-Brauerei, Hermannstraße.
- Neu-Lichtenberg - Friedrichsfelde: Lokal Tempel, Prinzen-Allee 30.
- Kaulsdorf: Turnhalle Schule Adolffstraße 25.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der Tag der Entscheidung — der 4. Mai“

Referenten sind: Bartels, Robert Breuer, Dr. Freund, Joachim, Karl Leid, Hermann Lüdemann, Dr. Mierendorf, Wilh. Reimann, Dr. Zechlin.

Öffentliche Wählerinnenveranstaltungen

- Spandau: Konfordiaäle, Klosterstraße 13/15.
- Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal: Aula Mädchen-schule in Niederschöneweide, Berliner Straße.

Tagesordnung:

„Wie wählen die Frauen am 4. Mai?“

Referentinnen: Gertrud Hanna, Hedwig Wachenheim.

Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Prenzlauer Berg (Schönhäuser Vorstadt): Schulaula Gleimstraße 49.
- Friedrichshain (32. Abt.): Schmidts Festäle, Fruchtstr. 36a (oberer Saal).
- Friedrichshain (35. Abt.): Schulaula Hohenzollernstraße 10.
- Friedrichshain (33. Abt.): Chem. Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 313.
- Charlottenburg: Hohenzollern-Festäle, Berliner Straße 105.
- Charlottenburg (Ost): Aula des Monumen-Gymnasiums, Borniser Straße 11.
- Siemensstadt: Siemensstadt-Festäle, Schulstraße.
- Galow: Lokal Hans Krause (Zur Linde).
- Friedrichshagen: Brauerei Seefstraße.
- Mahlsdorf: Lokal Kiesel, Höhnower Straße (Kolonie).
- Mahlsdorf (Süd): Lokal Heidekrug, Köpenicker Allee.
- Pankow: Lokal Linder, Breitestraße.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der Tag der Entscheidung — der 4. Mai.“

Referenten sind: Bartels, Breuer, Brückner, Dittmer, Heilmann, Kiekmann, Leid, Lempert, Rielisch, Stämpfer, Staab, Dr. Zechlin.

Öffentliche Frauenveranstaltungen

- Wilmersdorf: Hindenburg-Oberrealschule am Seepark.
- Köpenick: Lokal Georg Schulze Müggelheimer Straße 12.

Referenten: Marie Kunert, Dr. med. Löwenstein.

Der Villenbesitzer und sein Chauffeur.

Wie eine fünfköpfige Familie auf die Straße gejagt werden soll.

Wenn jemand mit irdischen Gütern so reichlich gesegnet ist wie der Lederfabrikant und -händler Feldmann, der in Zehlendorfer-West in der Lindenallee 20 eine geradezu schloßähnlich anmutende, auf das äppigste ausgestattete Villa besitzt und bewohnt, dann sollte man meinen, daß so ein Mann anderen Mitmenschen auch ein klein wenig Sonne und Lebensfreude vergönnt. Das scheint aber, erstaunlich genug, bei Herrn Feldmann nicht der Fall zu sein. Herr Feldmann besitzt selbstverständlich auch ein Automobil. Der Chauffeur nun wohnt mit seiner Familie, Frau und drei erwachsenen Kindern, in einer bescheidenen Wohnung im Erdgeschoß der Feldmannschen Villa. Die Chauffeurfamilie erfreut sich allgemein seit vielen Jahren des besten Rufes und Ansehens. Dennoch scheinen es Herr und Frau Feldmann nicht fertig zu bekommen, sich mit der Familie zu vertragen, und im September v. A. kündigte er seinem Chauffeur Stelle und Wohnung und nahm sich sofort einen neuen Chauffeur. Dieser nun verzichtete freiwillig auf die „Amtswohnung“ in der Feldmannschen Villa, weil er selber über eine sehr hübsche Wohnung verfügt, die er nicht aufgeben will. Es lag also kein Grund vor, die frühere Chauffeurfamilie auch nach aus der jetzigen Wohnung zu verdrängen, zumal das Zehlendorfer Wohnungsamt erklärt hat und noch immer erklärt, eine andere Wohnung für die Familie nicht zu haben. Herr Feldmann jedoch betrieb die Entfernung der Chauffeurfamilie aus seiner

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 23. April.
Tagesabteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbüchse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4 Uhr: Vortrag des Herrn Eugen Jacobsohn: „Wir feiern Geburtstag (Jugendvortrag). 4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Oberingenieurs Tombring: „Die Anwendung des Gases in der Heiltechnik“. 8.25 Uhr: 1. Aus der Peer-Gynt-Suite von Grieg. a) Morgenstimmung. b) Solvøigs Lied (Fritz Wenzels auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. a) Im Abendrot, von Schubert. b) Im Hain, von Schubert (Margarete Adler). 3. Zwei Sätze aus dem III. Konzert von Friedrich dem Großen. a) Grave. b) Allegro (Prof. Emil Prill, FfG). 4. a) Fußreise, von Hugo Wolf. b) Verborgenheit, von Hugo Wolf (Kammersänger Gunnar Krausz, von der Großen, Volksoper). 5. a) Ostlicher Anhang, von Siegfried. b) Erotik, von Karg-Elbert (Fritz Wenzels auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium).

Wohnung mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, und erreichte auch tatsächlich, daß die ganze Familie nunmehr am 1. Mai buchstäblich auf die Straße gejagt werden soll. Das Gericht ist in seinem Urteil, dem Hausbesitzer Feldmann die Räumung der Wohnung der Chauffeurfamilie zuzugestehen, offenbar beeinflusst worden durch die von dem Kläger Feldmann gegebene Erklärung, daß er in der Lage sei, dem entlassenen Chauffeur zwei Wohnungen zur Auswahl zur Verfügung zu stellen. Das aber ist bisher nicht erfolgt. Was also soll mit der Familie geschehen? Wertwürdig genug, daß das Zehlendorfer Wohnungsamt, in dem doch tüchtige und kluge Leute sitzen, zwar ehrlichen Willens aber in Wirklichkeit rat- und hilflos ist. Bieleicht können wir dem Wohnungsamt raten und helfen. In der Villa des Herrn Feldmann soll angeblich auch ein Regierungsrat Schumann wohnen und eine Wohnung von 3 Zimmern und Küche innehaben. Das Namensschild an der Pforte scheint das zu beweisen. Wertwürdig ist nur, daß besagter Regierungsrat mit seiner Familie weder in seiner angeblichen Wohnung zu treffen, noch in der Gegend bekannt ist. Wie wäre es, wenn das Zehlendorfer Wohnungsamt diese Angelegenheit einmal reiflich darstellte, um, wenn die Wohnung des Herrn Schumann doch nicht benutzt wird, die Chauffeurfamilie aus ihrer Erdgeschoßwohnung zwei Treppen höher in diese Wohnung zu verweisen? Dann hätte Herr Feldmann, wie er es so gern möchte, seine Erdgeschoßwohnung leer und den Chauffeurleuten wäre auch geholfen. Für heute mag das genügen. Denn daß diese ehrbare Familie tatsächlich auf die Straße gejagt werden darf, das kann doch wohl nicht die Absicht des Gerichts gewesen sein, das sein Urteil im Namen des Volkes gefällt hat, noch kann es das Zehlendorfer Wohnungsamt glauben.

Martha Demmings Bestattung.

Das Andenken der Stadtverordneten und Stadträtin Martha Demmings, unserer verstorbenen Genossin, wurde gestern im Stadthaus durch eine Trauerfeier geehrt. Den Lichtbogen des Stadthauses füllte eine große Trauergemeinde, hauptsächlich Genossen und Genossinnen, Mitglieder unserer Partei, aber auch Bürgerliche, deren Achtung Martha Demmings durch ihr Wirken in der Gemeindeverwaltung erworben hatte. An der Feier beteiligten sich Mitglieder des Bezirksamts und der Bezirksversammlung Friedrichshain, der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, Beamte, Angestellte und Arbeiter des Verwaltungsbezirks, besonders aus der Jugendpflege, Vertreter des Berliner Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, auch eine Gruppe von Kindern des Bezirks. Den aufgebahrten Sarg bedeckten leuchtende Blumen, ein Hintergrund von dunklen Grün umrahmte ihn. Kränze wurden niedergelegt unter anderem von der Parteioffiziantin im fünften Kreis Berlin, vom Bezirksamt Friedrichshain, von Beamten, Angestellten und Arbeitern des Verwaltungsbezirks und des Bezirksjugendamts, vom Berliner Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz usw.

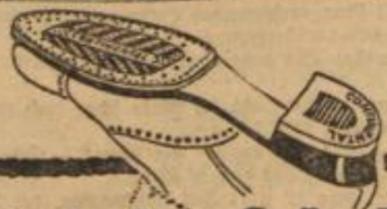
Trauermusik des Raboimischen Wärschers und Gelänge des Sozialdemokratischen Männerchors Friedrichshain leiteten die Feier ein. Die Gedächtnisrede des Genossen Crispian zeichnete das Lebensbild Martha Demmings, die aus einer Arbeiterfamilie hervorgegangen war, die Not der arbeitenden Proletariat kennengelernt und dem Proletariat in heißer Liebe und unerschütterlicher Treue gedient hat. Das Wirken dieser Genossin, die auch den Kampf der Partei um die Gleichberechtigung der Frau mitgeföhrt hat, ist ein glänzendes Beispiel dafür, daß Frau und Mann einander ebenbürtig sind. Was sie dem Bezirksamt Friedrichshain bedeutete, Schüler Bezirksbürgermeister Genosse Rielisch. Die Sorge für die Jugend war ihr Arbeitsgebiet, dem sie sich mit liebevoller Hingabe widmete. Als Vertreterin des Jugendamtes der Stadt gedachte Stadträtin Genossin Wenl dankbar der treuen Mitarbeit Martha Demmings. Ihre Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung würdigte Stadtverordnete Genosse Kaiser. Genossin Todenbagen, die Vertreterin des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz, wies auf das Vermächnis hin, das Martha Demmings mit ihrem Wirken hinterlassen hat. In treuer Arbeit für das Wohl der Bedrückten werden wir ihr Andenken am besten ehren. Die Genossen Dr. Wofes und Mathilde Wurm sprachen gleichfalls. Musik des Wärschers schloß die an die Herzen greifende Feier. Dann wurde der Sarg hinausgetragen und nach dem Krematorium in der Gerichtstraße geföhrt. Dort nahm die Trauergemeinde in einer kurzen Feier mit Wehmüt letzten Abschied von Martha Demmings. Unsere große Genossin Ehrenwald machte im Geist der Verstorbenen zu wirken. Stadtverordnete Genossin Lungwisch gedachte der Verdienste Martha Demmings um den Kinderschutz. Auch diese Feier wurde von Musik eröffnet und geschlossen. Unter ihren Klängen sank der Sarg in die Tiefe.

Kantfeier in der Universität.

Auf Veranlassung der Schleiermacher-Gesellschaft, der Theologischen Gesellschaft und des Pfarrervereins fand gestern abend im neuen Aulagebäude eine Kant-Gedächtnisfeier statt. Die Feier wurde eingeleitet durch das Quartett H-Moll Op. posth. von F. Schubert, vortragen von Mitgliedern der Staatsoper. Dann sprach Dr. Droch die Schillerischen „Worte des Glaubens“ und das Körnerische „Was uns bleibt“. Alsdann ergriff Professor D. Dr. Koffan das Wort zur Festrede. Er kam zu dem Schlusse, daß Kant den Grund gelegt habe zu einer geistigen Kultur des Protestantismus. Im Anschluß sprach Dr. Droch Bruchstücke aus der 14. Rede Fichtes an die deutsche Nation. Das Ende der Feier bildete der Vortrag des Quartetts B-Dur Op. 76 Nr. 4 von J. Haydn.

Geldfälscher vor Gericht.

Empfindliche Strafen verhängte das Große Schöffengericht gegen mehrere Geldfälscher. Ein gewisser Otto Wiebe aus der Oranienstraße 62 hatte auf dem Boden des Hauses Johnstr. 7 eine Druckerei für falsche 500-Mark-Scheine eingerichtet, als diese noch Wert hatten. Trotz Tatsachen zeugnete Wiebe vor Gericht, wurde aber auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrats Pelzer zu 6 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. — Vier Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht erhielt ein



Für jeden Schuh

nur Continental-Absätze und Sohlen. Sie sind geschmeidiger und sparsamer als Leder, machen den Gang leicht und schonen die Nerven. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental

Absätze und Sohlen

So gut wie Continental-Reifen!

Max Schneider aus Lohz, der Preussische Dollarscheine anfertigte und damit in der Hauptstadt Kleinhandlär, besonders Leute betrog, die vom Wogen Gummiabfälle u. dergl. verkaufen. Auch er leugnete. Es wurde ihm aber nachgewiesen, daß er zu einer ganzen Bande von Galizern gehörte, die Falschmünzerei in Berlin betriebe.

Familientragedie.

Gasod einer Mutter mit ihren zwei Söhnen.

Eine schreckliche Familientragedie hat sich gestern im Hause Ebertstraße 50 ereignet. Gegen Uhr nachmittags erschien auf dem zuständigen Polizeirevier der Eigentümer des genannten Hauses und teilte mit, daß er die bei ihm wohnende Familie Lindner tot in ihrer gaserfüllten Wohnung aufgefunden habe. Polizeibeamte begaben sich an den Tatort und fanden die 40 Jahre alte Frau Liesbeth Lindner sowie deren beide Söhne, den 15jährigen Georg und den 11jährigen Oskar tot auf. Frau Lindner hatte sich und ihre beiden Söhne mit Gas vergiftet. Nach Aussagen von Hausbewohnern, die zurzeit noch vernommen werden, soll Frau Lindner hochgradig hysterisch gewesen sein und mit ihren beiden Kindern viel Ärger gehabt haben, so daß sie bereits wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte. Die drei Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Der Chemiker Oskar Lindner, der Kriegsinvalide ist, befindet sich in einer Berliner Klinik.

Freistellen in der Klein-Oldenburger Waisenverpflegungsanstalt. Auf Grund einer Bekanntmachung des Justizministers ist in der Klein-Oldenburger Waisenverpflegungsanstalt für die Provinz Brandenburg eine Anzahl von staatlichen Freistellen zu besetzen. Aufnahme finden väter- oder elternlose Knaben, Söhne von Beamten, im Alter von sechs bis zwölf Jahren; Volkswaisen werden bevorzugt. Die Jünger erhalten Volksschulbildung. Meldungen sind an das Waisenamt Potsdam, Auguste-Viktoria-Str. 1, unter Beifügung von Rückporto, zu richten.

„Die Fahrt ins Wunderland“, eine Reueinstudierung des Rose-Theaters, verschafft auch Erwachsenen genuehreiche Stunden. Alfred Möllers Märchen mit seinem moralischen Grundklang, jede gute Tat findet ihre Belohnung, trifft so recht den Allgemeingeschmack. Im Märchen gibt es die Phantasie zu realisieren, und da man im Rose-Theater reich an Erfahrungen der Bühnenaufnahme ist, geschah diese wieder auf die geschickteste Art und Weise. Hans Eckert stellte als Regisseur mit feinem Geschmack die Bühnenbilder. Man bemerkte III und Eigenart in den Einfällen, und den Augen wurde eine Fülle des Sehenswerten geboten: so gewahrte man den Drachen Schwabberbach, den guten Mond, den Froschkönig, die Verklippter, des Nachtmählers Hund und dergleichen ergötzliche Dinge mehr. Otto Reddigs Dekorationen sind Arbeiten von Wert. Am guten Gesängen hatte Emma Baillieu einen Vortragsanteil, denn sie trug die Verantwortung für die Kostüme und das Ballett. Sie befandete in ihren Einführungen den Sinn für Pünktlichkeit und Farbenfreude bei steter Bühnenwirksamkeit. Alle Mitwirkenden gaben sich anerkennenswerte Mühe, so daß dieses Märchen eine gute Spielplanbereicherung wurde, die nicht nur Kindern, sondern auch deren Begleitern Fröhlichkeit verschafft.

Helmuth v. Gerlach verliert am Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Alexandriner, Alexandrinerstr. 37a, über die nahe Reichstagskammer und die politische Lage in einer öffentlichen Versammlung der Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik. Vork.: Pastor Hans Brande. Freie Ausdrucks.

Schwere Erdstöße auf den Philippinen. Wie von den Philippinen gemeldet wird, ist die Ostküste der Insel Mindanao von schweren Erdstößen heimgesucht worden. Wie der Gouverneur der Philippinen, General Woods, an die amerikanische Regierung berichtet, werden die Eingeborenenmieberlassungen von vulkanischen Ausbrüchen des Babuyan auf das schwerste bedroht.

Drohender Vulkanausbruch in Sibirien. Bei dem Dorf Mondon an der mongolischen Grenze, etwa 200 Kilometer von Irkutsk, hat, dem Ost-Expres zufolge, ein Berg im Sajangebirge eine Deffnung gebildet, durch welche Rauchwolken aufsteigen. Da die Gegend vulkanischen Charakter hat, so wird mit der Möglichkeit eines Ausbruchs gerechnet. Ein solcher ist indessen in dieser Gegend seit langer Zeit nicht mehr vorgekommen.

Zell Nakao

von äußerst hohem Nährwert, stellt die beste Kinder- und Kranken-Nahrung dar

HARTWIG & VOGELA & G

G. n. -Vertr.: Besser & Müller, Berlin S 61, Bäckerstr. 69. Fernr.: N 1111. 3131

Arbeiter-Sport

1904—1914—1924.

Für den Arbeitersport sind diese drei Jahrzehnte wichtige Zeitschnitte der Entwicklung. Anfang des Jahrhunderts war die Arbeitersportbewegung in blühendem Aufstieg. Von 1894 bis 1904 war der Arbeiter-Turnerbund von 125 Vereinen mit 6096 Mitgliedern auf 830 Vereine mit 80 000 Mitgliedern gestiegen. Jugend- und Kinderabteilungen entstanden an allen Orten. Die Arbeiterschaft erkannte immer mehr, daß sie ebenso wie die geistige auch die Körperkultur vom bürgerlichen Nationalismus befreien und in die eigene Hand übernehmen müsse. In Berlin und Umgebung turnten bereits mehrere tausend Jugendliche und Kinder in Arbeiterturnvereinen, als im Jahre 1904 die Reaktion zum entscheidenden Schlage ausholte und unter Umgehung des Magistrats Berlin den Schulleitern die Ueberlassung der Turnhallen an Jugend- und Kinderabteilungen der Arbeiterturnvereine verbot. Dieses Verbot wie alle sonstigen Schikanen gegen den Arbeitersport gingen hand in hand mit der Förderung des berüchtigten Jungdeutschlandbundes, dem alle bürgerlichen Sportverbände beitraten. Die deutsche Jugend sollte den sozialistischen Kulturzielen ferngehalten und den nationalistischen und militarisch organisierten Jugendkompanien des Jungdeutschlandbundes zugeführt werden. Das Jahr 1914 zeigte uns die Folgen der Militarpropaganda und nationalistischen Verheerung in allen Ländern in dem großen Weltkriege, der die ganze Menschheit dem Untergang nahebrachte.

Wiederum sind die Urheber all dieses Unglücks dabei, sich als die „Retter ihrer Vaterländer“ aufzuspielen. Ueberall regt sich auf neue die Reaktion, die noch nie ein Freund der Arbeiter war. Am 4. Mai hofft man, daß die Arbeiterschaft alle Unterdrückung der Vertriebenen vergessen hat und aufs neue der bürgerlichen Reaktion ins Gorn gehen wird. Aber die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Die alte Forderung der Sozialdemokratie, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen ist zur Wirklichkeit geworden. Kein Dreiklassenwahlrecht kann mehr die Meinung des Volkes fälschen. Eine auf dem Boden des internationalen Sozialismus geeinigte Arbeiterschaft hat die Macht, dieses Wahlrecht und die Verfassung der jungen deutschen Republik gegen alle Widerfächer zu schützen.

Das Blühen und Gedeihen des Arbeitersports ist abhängig von der Einigkeit und Geschlossenheit der Gesamtarbeiterschaft. Jede Zerspaltung der Stimmen oder Gleichgültigkeit gereicht den Kräften zum Vorteil, die nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch kulturell die wilhelminische Ära aufs neue erlösen lassen wollen. Die Reminiszenz an die Jahre 1904 und 1914 zeigt die Notwendigkeit, der sozialistischen völkerverständlichen Idee am 4. Mai zum Siege zu verhelfen, damit 1924 nicht einen Rückschritt, sondern einen Kulturschritt bedeutet. In dem Kampf der Gesamtarbeiterschaft darf der sportliche Betrieb kein Hindernis sein. Wer eine freie Entwicklung des Arbeitersports auch in der Zukunft sichern will, der stehe nicht mühsamig beiseite, sondern werde für die Kandidaten der vereinigten deutschen Sozialdemokratie!

Reisen im Kanu.

Der Kanusport, in anderen Ländern längst verbreitet, ist bei uns noch eine Neuheit, die von vielen, auch unter den vorurteillosen Sportleuten, noch immer mit Mißtrauen betrachtet wird. Daß er diese ablehnende Stellungnahme nicht verdient, hat seine Ausbreitung in den letzten Jahren als Reise- und Sportboot bewiesen. Er hat sich an vielen Orten, in allen Gegenden Deutschlands Freunde erworben, die sich zu Vereinen zusammengeschlossen haben, die im „Freien Ruder- und Kanubund“ sind und planmäßig mit vielem Erfolge für die Verbreitung des Kanusports arbeiten.

Das Kanu ist im eigentlichen Sinne, sowohl der Kanak, das Fastboot wie das kanadische Boot, Kanadier genannt, ein Wanderfahrzeug. Zu kurzen und weiten Reisen auf Seen und Flüssen läßt es sich vorzüglich verwenden, da es trotz seiner kleinen Abmessungen (5,20 m Höchstlänge und 70—80 cm Breite) gestutzt, alles das an Bord zu verpacken, was zu einer Reise notwendig ist. Und das ist nicht wenig, denn der richtige Kanufahrer verzichtet auf das Uebernachten im Gasthause und entbehrt trotzdem wenig von den ihm liebgeordneten Bequemlichkeiten. Er schläft entweder in seinem, auf den Strand gezogenen neuen Boot oder er erbaute sich ein kleines Zelt. Wer kennt nicht den Reiz des Zeltlebens unter freiem Himmel fernab von allen Störungen menschlicher Massenbesiedlungen. Das Seitenholz erklingt und die Poesie der Natur umfängt den Flußwanderer. Poesie hin, Poesie her, wird der materialistische Tagesmensch sagen; wo bleiben wir, wenn das göttliche Rah vom Himmel stunden- und tagelang herabströmt? Hier haben die Kanuverbände Vorjorge für ihre Mitglieder getroffen. Kanustationen sind in erprobten Gaststätten eingerichtet, die nur auf Grund von Erfahrungen vergeben werden und laden den Wasserwanderer zur geruh-samen Rast ein. Verzichtet er jedoch auf diese Art der Unterkunft, und das tun nicht wenige, dann ist es mit der Schlafstätte allein nicht getan, denn bevor die Reise weitergeht, will der Kanufahrer auch frühstücken, später will er ein Mittagbrot usw. Eine kleine Haus-haltung wird daher vom Wanderfaher mit an Bord genommen. Ja noch mehr, er verstaubt alles, was ihn unabhängig von der Zivilisation macht und ihm das größte Rah von Freizügigkeit gibt. Dann fährt er hinaus, ungebunden, sicher in seinem Boot, von dem keinsteffen, von keinem anderen Fahrzeug zu befahrenden Flüssen bis zu den größten Strömen und See des Vaterlandes und sogar die Diffe- ist oft befahren worden. In Orientierungsmaterial stehen neben den Kartenblättern der Landesaufnahmen der von F. C. Keller bearbeitete „Hipp-Hipp-Hurra“-Führer für Wasserwanderer (Verlag Straube, Berlin W. 57) und das „Kanuwanderbuch für Nordwest-

Deutschland“, von B. F. C. Delbittel (Verlag C. Hans, Hamburg 8) herausgegeben, zur Verfügung. Bleibend ist noch die Ansicht verbreitet, daß ein Kanu zum steten Umkippen neige, wie die früher ohne Form und Linie von Diestanten vielfach erbauten Grönländer, die auch nach den bezeichnenden Namen „Seelenderläufer“ führt. Ein Wanderboot, das nun, etwa wie ein Schiff, ewig aufs genaueste ausbalanciert werden müßte, würde kaum irgend jemand eine Freude machen. So ist denn das Kanu in allen seinen drei Arten ein Boot, das Stabilität besitzt. Die deutsche Bootbauindustrie hat Boote geschaffen, die, schnittig in der Form, allen Ansprüchen auf See-tüchtigkeit genügen. Ungeachtet und Unzuliebe können sie allerdings wie jedes andere Boot, aber schwerer als ein Ruderboot, zum Kentern bringen. Bei vernünftiger Verwendung ist es aber ein durchaus sicheres Fahrzeug. Wäre es dieses nicht, so könnten nicht, wie so häufig beobachtet werden kann, die Kanus von Frauen und Kindern benutzt werden.

Es haben seit einigen Jahren an vielen Orten des Reichs, wo der Kanusport ausgeübt wird, Wettkämpfe in kleinerem oder größerem Ausmaß stattgefunden. Aber alle Anhänger des Kanusports, ob Wettkämpfer oder nur Wanderfahrer, alle sind Freunde der Natur: Wasserwanderer.

Wir wünschen es allen müden Großstadtmenchen, die fast vergessen haben, daß draußen der Puls der Natur noch wie vor tau-sende von Jahren schlägt, daß sie hinausziehen im Kanu, Fluß-wanderer werden und nach sonnendurchfluteten Tagen geruhame Stunden vor dem Lagerzelt verbringen.

Preis-Zusammenstellung Groß-Berlin, Mittwoch, 7 Uhr, Turnplatz, Wein- weilerstraße. — Freitag, 10 Uhr, Aufmarschort alle Männer und Junge- lichen: Spandauer Weidmühlweg. — Freitag, 10 Uhr, Frauen- und Jun- gen: Weidmühlweg, Turnplatz, Weidmühlweg. — Sonntag, den 7. April, nach 2 Uhr, im Hohenbergischen Stadion, Aufmarsch der Männer-, Frauen- und Jugendabteilungen. Um 1/2 Uhr gemeinsamer Aufmarsch mit Tamborchen von Prenzlau. Eintritt 20 Pf. — Ruder-Verein „Gallia“ Charlottenburg (Bootschuppen an der Döbel). Übung- abend Freitag, 10 Uhr, Refel-Thonoff, Charlottenburg, Weidmühlstr. 4. Auf- nahme neuer Mitglieder. — Tennis-Verein „Die Hainserunde“, Ortsgruppe Berlin C. 6. Mittwo- ch, den 23. April, 8 Uhr, 20. Aula, Probe des Spardivens. Es ist Pflicht eines jeden, sich zu beteiligen.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, den 22. April:

1. Rennen. 1. Kugel (Streit), 2. Della (Reis), 3. Kananah (H. Hies). Toto: 11:10. 3 Hefer.
2. Rennen. 1. Känberhauptmann (v. Below), 2. Güteger (Dr. Dantke), 3. Dauschla (Dr. Walter). Toto: 59:10. Platz: 19, 15:10. Ferner lief: Manrico.
3. Rennen. 1. Dros (Darinmannsbenn), 2. Brille (H. Olier), 3. Blau- schen (Schädel). Toto: 142:10. Platz: 15, 15:10. Ferner liefen: Rothbart, Offenbrant, Jücker, Mohl wurde wegen Mißhaltens einer Wende- legge von Amis wegen Mißqualifiziert.
4. Rennen. 1. Sonnenstein (Hörmann), 2. Gekelbund (H. Olier), 3. Guggula (Dortel). Toto: 15:10. 3 Hefer.
5. Rennen. 1. Gelmtanke (Sanger), 2. Dida (Keldner), 3. Bartei (C. Schmidt). Toto: 100:10. Platz: 18, 17, 15:10. Ferner liefen: Keroby, Malania, Balläre, Ranghjel, Muna.
6. Rennen. 1. Galaxina (H. Herder), 2. Salzgraf (gef.), 3. Ellen (gef.). Toto: 23:10. 3 Hefer.
7. Rennen. 1. Rur (Schwarz), 2. Altschtein (Schädel), 3. Rade- mit (Staudinger). Toto: 25:10. Platz: 14, 14:10. Ferner liefen: Albra, Lemz, Hüllsda.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Menschenliebe Berlin ist bekannt, daß ihre Mitglieder bei Mitbe- greifungen mit viel und viel gern zur Verfügung stehen. — Ebenso sind ge- diente Formulare — Verteilungsanträge vom Religionsunterricht usw. — kostenlos zu haben. Und Papierarbeiten wollen sich wenden an Bundes- präsidenten Bestenfalls Dargers, Schlemmerstr. 6. — Reichsbund jüdischer Frontkämpfer, Bezirk Ros. Donnerstag, 24. April, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Vortrag: Prof. Polarnstraße.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Antikal-Fabrik in Gr. Gasse bei Magdeburg, die durch die Güte ihrer Fabrikate und ihre humoristische Propaganda schon längst bekannt ist, tritt heute mit einer neuen Anzeige-Serie an die Öffentlichkeit. Siehe heutige Inserate.

Wirklich

wertbeständig

angelegt sind die Ausgaben für vernunftgemäße Körperpflege

CALCIFORM das hervorragende Mittel zur Verhütung von Grippe

CAVALIN

wirksamstes Streupulver bei Schweiss-Entwicklung



Rauchringel

(Berichtersteller der Prüfungskommission)

spricht:



..... die TELEPATH mit Rücksicht auf ihre absolute Güte, Geschmackbeständigkeit und Bekömmlichkeit als die Zigarette des Rauchers zu erklären, und dies um so mehr, als die Prüfungs-Kommission fest- gestellt hat, daß man nun- mehr diese hervorragende Volkszigarette überall bekommt.

Verkaufsstelle: 1012

Wirtschaft

Vom Arbeitsmarkt.

Landesarbeitsamt Berlin.

Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes war auch fernerhin vorherrschend. Die Zahl der Arbeitslosen hat in der letzten Woche eine weitere Abnahme von rund 8000 Personen erfahren...

Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungen empfangen ist in den letzten zwei Wochen um rund 16000 gefallen. Sie betrug 38 219 (48 919) männliche und 6374 (6589) weibliche...

In der Landwirtschaft bestand regen, zum Teil ungedeckte Nachfrage nach Burschen bis zu 16 Jahren und Weitemädchen. Die Industrie der Steine und Erden verzeichnet einen Aufschwung...

Der vermehrte Arbeitsbedarf der Metallindustrie blieb bestehen, besonders groß waren die Anforderungen von weiblichen, namentlich jugendlichen Personen. Eine größere Anzahl von offenen Stellen konnte nicht besetzt werden...

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hält die Befreiung des Arbeitsmarktes an. Der gute Beschäftigungsgrad im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat für die Süßwarenindustrie infolge der Beendigung der Osterferien nachgelassen...

Die Währungsstabilisierung in Sowjetrußland.

Schon im Jahre 1922, in den ersten Monaten der „Neuen Oekonomischen Politik“, unternahm die Sowjetregierung den Versuch, das Geldsystem durch Herausgabe einer wertbeständigen Währung, des Tschermoney (gleich 10 Goldrubel oder 1 englischer Pfund) einer Geländung entgegenzuführen...

Auf das flache Land jedoch kam dieses Zahlungsmittel fast gar nicht. Der gesamte Ankauf von Getreide, Rohstoffen und Vieh mußte sich mit Hilfe des Sowjetrubels, zwischen der Stadt und dem flachen Lande bildete sich ein Abstand wie zwischen einem hochautoritären Lande und einem Lande mit sinkender Währung...

Die Lage wurde bedrohlich. Die Leiter der Sowjetrepublik waren gezwungen, unverzüglich an die Verwirklichung der Währungsreform heranzutreten. „Mit dem Sowjetrubel können wir uns keine zwei Wochen mehr halten“, so erklärte der Volkstammminister Kamenew in seiner Rede vom 2. März.

Die neue Währungsreform besteht nun in folgendem: Neben dem Tschermoney ist eine neue Geldeinheit, der „Schahschain“, geschaffen worden, der in einzelnen Portionen herausgegeben wird, und zwar so, daß zur Zeit der Realisierung der diesjährigen Ernte für 450 Millionen Goldrubel wertbeständiges Geld in Umlauf sein sollen...

Die Frage ist: Wird die Währungsreform Erfolge zeitigen, wird sie die Volkswirtschaft sanieren können? Die Vorbedingungen einer Reorganisation der Währung sind zweifellos gegeben. Der sich entfaltende Warenmarkt, der mit einer städtischen und landwirtschaftlichen Produktion von insgesamt beinahe 8 Milliarden Rubel operiert...

Diese technischen Schwierigkeiten werden natürlich überwunden werden. Weit ernster jedoch sind die Gefahren, die das Geldsystem bedrohen. Der Übergang zu einer stabilen Währung ist selbst für Länder mit normal funktionierendem Wirtschaftsleben und Staatsapparat nicht leicht. Er legt eine aufsteigende Linie der gesamten Volkswirtschaft, eine aufblühende Industrie, eine steigende Handelsbilanz und einen geregelten Staatshaushalt voraus...

Unter solchen Umständen ist ein Defizit im Etat unvermeidlich. Sein Umfang nimmt denn auch immer mehr zu. Die Hoffnungen, es mit Hilfe ausländischer Anleihen zu decken, sind bei Aufrechterhaltung des jetzt herrschenden Sowjetismus sehr gering. Der Verlauf der englisch-russischen Unterhandlungen befähigt diese Annahme. Man wird also wiederum zu neuen Geldemissionen greifen müssen...

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner freier Haus Berlin.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes items like Gerstengraupen, Roggengraupen, Weizenmehl, etc.

Geldinheit, den Tschermoney, jetzt eingezogen wird, droht der neuen Geldeinheit, dem „Schahschain“, das Schicksal des alten Sowjetrubels. So vollzieht sich die Entwicklung in einem fehlerhaften Kreis. Die sinkende Währung ist lediglich ein Symptom der allgemeinen Krankheit der desorganisierten Volkswirtschaft...

Börsenkonjunktur und Luxusindustrie.

Die österreichische gewerkschaftliche Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ bringt in ihrer neuesten Nummer zur Konjunktur-entwicklung folgende Ausführungen:

Die industrielle Krise breitet sich weiter und weiter aus. Außer der Glasindustrie, die sich in einer katastrophalen Lage befindet, hat sie noch einige andere Industrien mit neuer Wucht ergriffen. Besonders hart getroffen ist die Mühlenindustrie, in der starke Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden sind...

Dieser Faktor der Konjunkturbedeutung ist bei uns jetzt fortgefallen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß zu den Bedrohungen beim Umschlag der Börsenkonjunktur nicht nur größere Finanziers, sondern auch eine Reihe von Mittelstandsexistenzen gehört, die in den abgelaufenen Tagen ein teilweise nicht unbeträchtliches Reineinkommen aus der Börsenspekulation gezogen haben. Treuhänder wäre es verfehlt, in der Sache der Wiener Börse nur ein nachträgliches Moment für die wirtschaftliche Entwicklung zu sehen...

Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg und dieser Weg wird für die Arbeiterschaft keineswegs ohne Schmerzen und Leiden zu durchmessen sein, wie es in überhaupt das Wesen der kapitalistischen Produktion ist, daß alle Produktions- und Zirkulationsstörungen die Arbeiterschaft am härtesten treffen...

Zur Finanzierung der Zuckereubenernte hat die Reichsregierung eine Maßnahme getroffen, die den Verbrauch von Zucker in Deutschland stark einsparen dürfte, wenn nicht eine ganz erhebliche Steigerung des Rübenanbaus erfolgt. Sie hat vorläufig 4 Millionen Zentner Verbrauchszucker für das Jahr 1923/24 zur Ausfuhr freigegeben...

Ein Zusammenbruch in der Automobilindustrie. Wie die „Schönlische Volkszeitung“ berichtet, ist über das Vermögen der Foy-Automobil-A.G. in Köln-Dellbrunn, ein kleineres, aus der früheren Brückmann-Kolmann herorgegangenes Unternehmen, das in der Gründungszeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, das Konkursverfahren beim Amtsgericht Köln-Mülheim eröffnet worden...

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Nach der Reichsstatistik stieg die Zahl der Konturle im Monat März auf 58. Im Januar waren 20, im Februar 46 Konturle eröffnet worden. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit, in der monatlich rund 700 Konturle eröffnet wurden, zeigt, daß auch jetzt noch die Zahl der Zusammenbrüche sehr gering ist, obwohl die Wirtschaft in der Inflationszeit mit unvorstelligen Unternehmungen sich vollzogen hat...

Advertisement for Rajana Creme. Includes text: 'Creme Die Creme der vornehmer Welt!' and 'RAJANOL & M. B. Berlin-Oberschöneweide'.

Advertisement for 'Weiße Zähne' (White Teeth) featuring Chlorodont toothpaste.

Large advertisement for 'LIKÖRE MAWELT WEINBRAND' with decorative borders and logos.

